

STICHWORT BAYER

Die anderen Informationen
zu einem multinationalen
Chemiekonzern



TITEL:
Neue Krebsmittel
BAYER findet Profit-Formel

WEITERE THEMEN:

- Dekkers neuer BAYER-Chef
- Verbot für BAYERs Bisphenol?
- BAYER gegen Röslers Pillen-Pläne

COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN e.V.





Inhalt

- 4 Wirkungslos & teuer**
BAYERs Krebsmittel NEXAVAR in der Kritik
- 8 190 Tote durch YASMIN & Co.**
Neue Zahlen aus den USA
- 12 Abdecker Dekkers?**
Die Pläne des neuen BAYER-Chefs
- 16 Ein Kraftakt für BAYER**
NRW-Regierung will Öko-Revolution
- 20 BAYER sieht rot**
Kampagne gegen Röslers Arznei-Gesetz

- 24 Bisphenol-Bann droht**
Immer mehr Länder gegen die Chemikalie

Rubriken

- 3 Editorial**
- 5 CBG bei der Arbeit / Promis gegen Profit**
- 7 Au weia, BAYER!**
- 21 Impressum**
- 26 O-Ton BAYER / Echo**



Andre Sommer lebt im Allgäu und ist von Beruf Lehrer.
Er betreibt die website www.duogynonopfer.de

Liebe Leserinnen und Leser,

auf den nächsten Zeilen möchte ich Ihnen als Betroffener von einem Arzneimittel-skandal berichten, dessen Anfänge in die 50er Jahre zurückreichen. Damals verkaufte die heute zu BAYER gehörende Firma SCHERING ein Medikament mit dem Namen DUOGYNON. Das Mittel wurde als Schwangerschaftstest und zur Behandlung ausbleibender Monatsblutungen eingesetzt. Es handelte sich um eine Kombination weiblicher Sexualhormone, die auch in Antibaby-Pillen verwendet werden. Zahlreiche Frauen, die DUOGYNON während der Schwangerschaft eingenommen hatten, gebaren kranke oder behinderte Kinder. Die häufigsten Schäden waren Fehlbildungen der Genitalien, Wasserkopf, Missbildung der Extremitäten, Lippen-Kiefer-Gaumenspalte und Herzfehler. WissenschaftlerInnen hatte schon 1967 vor den Gefahren bei Frühschwangerschaften gewarnt. Ende der 60er Jahre forderten selbst SCHERING-MitarbeiterInnen den Verkaufsstopp des Medikamentes. Mehrere Länder nahmen den Schwangerschaftstest vom Markt, nicht aber Deutschland. Dabei waren seit Anfang der 70er Jahre völlig ungefährliche Urintests auf dem Markt und der Einsatz von DUOGYNON spätestens ab diesem Zeitpunkt nicht mehr notwendig. In England kennzeichnete SCHERING sein Produkt ab 1975 mit großen Aufklebern, die vor der Gefahr von Missbildungen in der Frühschwangerschaft warnten. Gleichzeitig aber verkaufte das Unternehmen DUOGYNON in Deutschland weiter-

hin als Schwangerschaftstest. Erst im Jahre 1978 strich es diese Indikation. Vom Markt nahm der Konzern das Produkt allerdings nicht. Er nannte es kurzerhand in CUMORIT um und vertrieb es weltweit noch bis 1987.

Die Opfer zogen vor Gericht, bekamen jedoch kein Recht. Ein Prozess gegen SCHERING wurde 1980 eingestellt. In der Urteilsbegründung hieß es kaltschnäuzig, dass menschliches Leben zwar geschützt sei, aber erst ab der Geburt. SCHERING schaffte es immer wieder, Zweifel am Zusammenhang zwischen Missbildungen und der Einnahme von DUOGYNON zu säen. So konnte der Zusammenhang nie zu 100 Prozent erwiesen werden, wie es die Gesetzeslage damals erforderte.

Nun haben sich die Gesetze geändert, und wir als Betroffene haben mehr Rechte. Seit 2002 ist es möglich, Auskunft von pharmazeutischen Herstellern zu verlangen. Wenn das Gericht unserer Argumentation folgt, könnten wir endlich die alten Akten von SCHERING einsehen. Der Prozess beginnt Ende Oktober vor dem Landgericht Berlin. Der Beklagte ist die Firma BAYER als Rechtsnachfolger von SCHERING. Leider argumentiert BAYER wie zuvor schon SCHERING: Das Unternehmen behauptet, dass es keine ausreichenden wissenschaftlichen Beweise für die Missbildungen durch DUOGYNON gäbe und außerdem alle Fälle verjährt seien.

Im Gegensatz zu den CONTERGAN-Opfern wurden die mutmaßlichen DUOGYNON-Geschädigten nie für Ihre Leiden entschä-

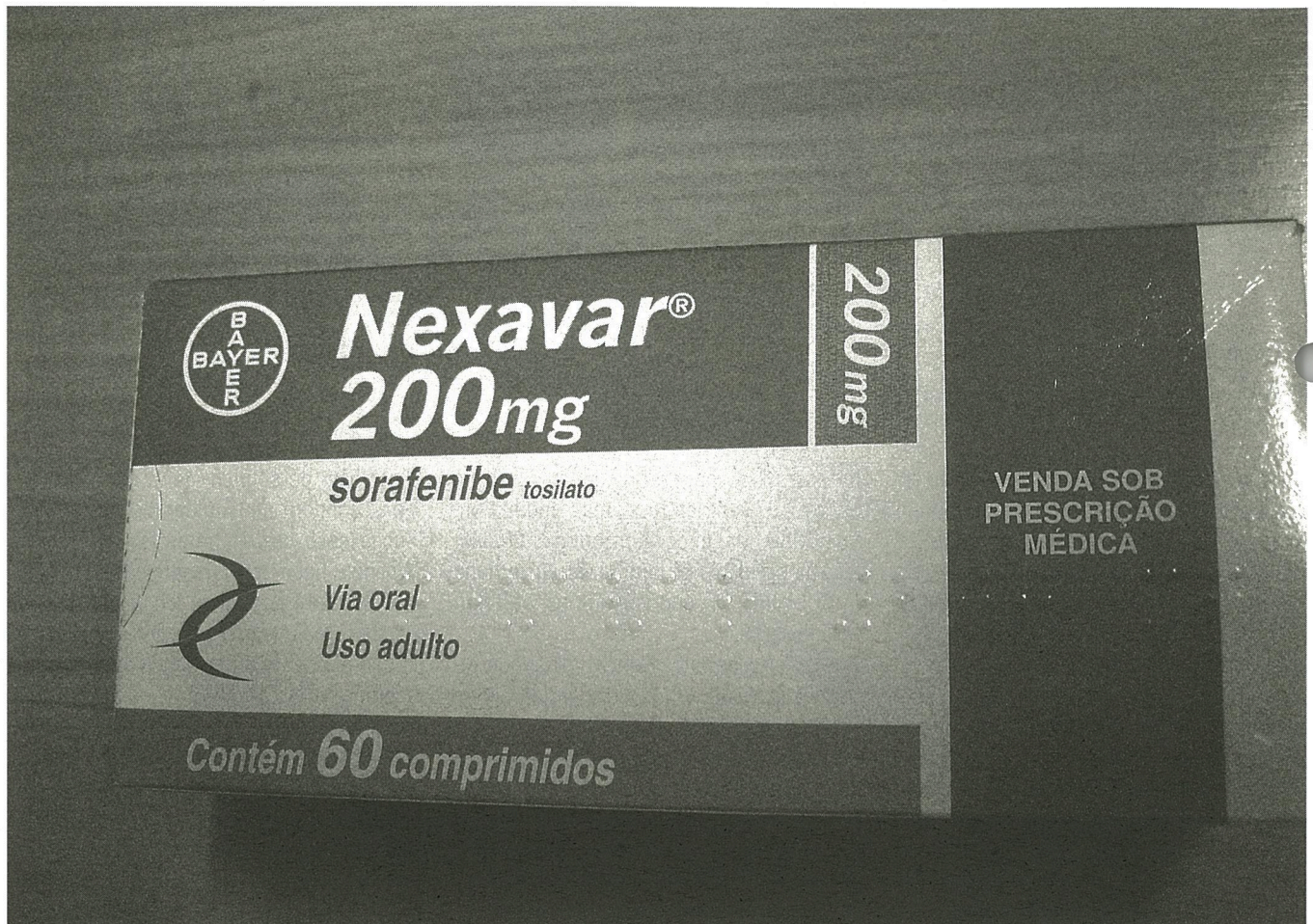
digt. Mir persönlich geht es nicht um Geld, sondern um Aufklärung und um die Suche nach der Wahrheit. In den letzten Wochen habe ich Unmengen an Emails und Briefen bekommen. Ich erfuhr von unfassbaren Schicksalen. Viele Menschen leiden bis heute unter den Folgen der Einnahme von DUOGYNON.

Auch die Medien berichteten über unsere Forderungen - der *Spiegel*, die *Berliner Morgenpost*, der WDR und andere. Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN hat uns von der ersten Minute an unterstützt, als wir noch zu dritt gegen BAYER standen. Nun aber haben sich innerhalb weniger Wochen mehr als 110 deutsche Betroffene gemeldet. Gemeinsam fordern wir endlich Antworten. Die Grünen haben eine Anfrage an die Bundesregierung in den Bundestag eingebracht. Die Kampagne hat schon jetzt viel erreicht. Wir hoffen, dass BAYER nicht mit dem Argument „Verjährung“ davonkommt. Denn können solche extremen Missbildungen verjähren? Kann ein lebenslanger künstlicher Urinausgang aufgrund einer fehlenden Blase verjähren? Kann sich ein Weltkonzern so einfach seiner Verantwortung entziehen? BAYER ist verpflichtet, den Betroffenen nach so langer Zeit eine Antwort zu geben. Das ist alles, was wir fordern.

Andre Sommer

BAYERs Krebsmittel in der Kritik

NEXAVAR nutzt nichts



Im Pharma-Geschäft versprechen Krebs-Arzneien die höchsten Gewinne. Eine Behandlung mit BAYERs NEXAVAR (Wirkstoff: Sorafenib) kostet die Krankenkassen 58.400 Euro im Jahr. Der Heilerfolg des Mittels rechtfertigt diese hohen Ausgaben nicht. „Bei Sorafenib zeigte sich kein Vorteil bezogen auf das Gesamtüberleben“, fasst der „Gemeinsame Bundesausschuss“ des bundesdeutschen Gesundheitswesens die Studien-Ergebnisse zusammen.

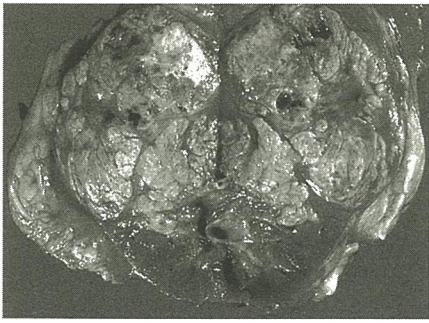
Von Jan Pehrke

„Diese Zulassung von NEXAVAR ist ein wichtiger Schritt für japanische Patienten mit Nierenkrebs“, sagte der Konzern-Manager Gunnar Riemann im Jahr 2008 anlässlich der Markteinführung in dem asiatischen Land. Der „Meilenstein im

Kampf gegen Krebs“ (O-Ton BAYER), dessen Wirkstoff Sorafenib die Tumorzellen von der Blutzufuhr abschneiden und ihr Wachstum verlangsamen soll, darf allerdings erst in einem fortgeschrittenen Stadium der Krankheit und nach dem Schei-

tern anderer Mittel zum Einsatz kommen. Auch bei Leberkrebs müssen die ÄrztInnen zunächst andere Therapien versuchen.

Als einen gar so wichtigen Schritt nach vorn in der Krebsmedizin schätzen die



Nierentumor

Zulassungsbehörden dieses Medikament also offensichtlich nicht ein. Seine exakte Länge haben die Testreihen bestimmt: Um 3,4 Monate verlängert NEXAVAR das Leben von Nierenkrebs-PatientInnen im Vergleich zu ProbandInnen aus der Placebo-Gruppe; 2,8 Monate waren es für Leberzellkrebs-PatientInnen. Nach offizieller Statistik-Lesart gilt das als „nicht signifikant“. Aus diesem Grund resümiert der „Gemeinsame Bundesausschuss“: „Bei Sorafenib zeigte sich kein Vorteil bezogen auf das Gesamtüberleben“. In weiser Voraussicht hat BAYER deshalb noch ein anderes Behandlungsziel formuliert. Das Stoppen des Tumor-Wachstums wollte der Konzern als „sekundären Endpunkt“ des Tests erreichen. Dies schaffte NEXAVAR bei Nierenkrebs mit ca. sechs Monaten drei Monate länger als der Placebo, was zwar „signifikant“ ist, aber leider noch keine Aussage über die Erhöhung der Überlebenschancen erlaubt.

Zahlen-Kosmetik

Zudem sind die Zahlen mit Vorsicht zu genießen, denn von der Industrie bezahlte Arznei-Prüfungen warten stets mit positiveren Ergebnissen auf als unabhängig finanzierte. BAYER & Co. stehen dazu viele Möglichkeiten offen. Mit der Konzeption der Untersuchungen, der Entscheidung für einen bestimmten Studien-Standort (siehe SWB 2-3/10) und der Auswahl der ProbandInnen können die Unternehmen die Resultate beeinflussen. Während der Erprobung greift dann laut *Süddeutscher Zeitung* das Nebenwirkungsmanagement: „Treten in Tests bei höherer Dosierung mehr Nebenwirkungen auf, wird für die Studie eine niedrigere Dosis gewählt, auch wenn in der Praxis die höhere empfohlen wird. Zeigt sich, dass ein Präparat bei längerem Gebrauch zu mehr Nebenwirkungen führt, wird das Ende der Studie vorverlegt“. Und ist dieses schließlich - vorzeitig oder planmäßig - gekommen, so gibt es immer noch Gelegenheiten zur Kosmetik. Jetzt kommen nämlich die

hauseigenen StatistikerInnen zum Zug und bearbeiten das erhobene Daten-Material.

Die „Arzneimittel-Kommission der deutschen Ärzteschaft“ kritisiert deshalb ebenfalls die Manipulationen bei Arznei-Tests im Allgemeinen und bei Krebsmittel-Tests im Besonderen. „Erhebliche Defizite“ im Prüfplan von onkologischen Mitteln stellt das Gremium fest und hebt Mängel bei der Bestimmung der Studien-Ziele und bei der Auswahl der Vergleichs-substanzen hervor. Darüber hinaus moniert die Kommission den zu frühen Abbruch vieler Untersuchungen.

Nach der Recherche einer Gruppe von WissenschaftlerInnen um den italienischen Mediziner F. Trotta endeten 23 Krebsmittel-Erprobungen jüngeren Datums vorzeitig, darunter auch diejenige von NEXAVAR. Die Konzerne führten dafür stets ethische Motive an: Da die Mittel so gut wirkten, konnten sie es schlicht nicht übers Herz bringen, sie der Placebo-Gruppe länger vorzuenthalten. Trotta zufolge bekamen die Unternehmen allerdings aus profaneren Gründen den Moralischen - sie wollten schlicht Kosten sparen. Die Arzneimittel-Kommission macht noch andere Ursachen für die Kurzstrecken-Tests aus. Sie sieht in ihnen einen Weg, sich einer profunden Sicherheitsanalyse der Medikamente und einer Bewertung ihres Kosten/Nutzen-Verhältnisses zu entziehen.

Aber der Leverkusener Multi gehörte nicht nur zu den Studien-Abbrechern, der Pharma-Riese fiel auch mit einer gezielten Auswahl seiner ProbandInnen negativ auf. So sortierte er PatientInnen mit fortgeschrittenen Krankheitssymptomen aus und nahm nur solche mit günstigeren Prognosen auf.

Schlimme Monate

Es bestehen also erhebliche Zweifel an den von BAYER angegebenen Zahlen von 2,8 bzw. 3,4 Monaten „geschenkter Zeit“ durch NEXAVAR. Zudem ist dieser Gewinn an Wochen, wie groß oder klein er auch immer ausfallen mag, für die PatientInnen immer mit einem erheblichen Verlust an Lebensqualität verbunden. NEXAVAR hat nämlich starke Nebenwirkungen. „Rauher Hals und belegte Stimme, aber schlimmer noch, ein kaum zu kontrollierender Durchfall“, beschreibt ein Nutzer des *Krebs-Forums* die Leiden seiner Mutter. „Da ich es schon zwei Jahre nehme, reagiert mein Körper mit Infektionen und ständiger Blasenentzündung“, schildert eine andere Teilnehmerin ihre Erfahrungen und hält

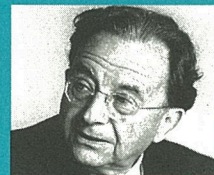
CBG bei der Arbeit



BAYER gehört zu den letzten Konzernen, die

ihre Chlor-Produktion so umstellen, dass dabei kein giftiges Quecksilber mehr anfällt (SWB 3/09). Was aber geschieht mit den Rückständen, immerhin mehrere 100 Tonnen? Das wollte die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN von der Bezirksregierung wissen. Diese „dankt für Ihre kritischen und nachvollziehbaren Fragen“ und „versichert, dass diese im Rahmen der behördlichen Anlagen-Überwachung angemessene Berücksichtigung finden werden“. Antworten konnte die Bezirksregierung jedoch nicht geben. Wo das Quecksilber einmal landet, vermochte sie nicht zu sagen, da der Umbau noch bevorstehe. Immerhin ist Vorsorge für die Gesundheit der Beschäftigten getroffen: Sie müssen sich regelmäßigen Quecksilber-Tests unterziehen.

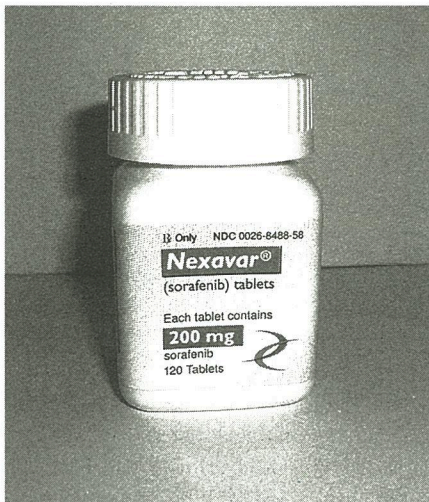
Promis gegen Profit



„Eine gesunde Wirtschaft braucht eine kranke Gesellschaft“

Erich Fromm, Soziologe und Psychoanalytiker

fest: „Ich musste auch auf die halbe Dosis umsteigen, um noch ein halbwegs erträgliches Leben zu führen“. Der „Gemeinsame Bundesausschuss“ weiß noch von schlimmeren unerwünschten Arzneimittel-Effekten zu berichten. So kam es bei der Klinischen Erprobung in der 452 Personen starken NEXAVAR-Gruppe zu 48 Todesfällen, während in der Placebo-Gruppe nur 28 starben. Auch mussten TesterInnen des BAYER-Mittels häufiger wegen



schwerer Nebenwirkungen ins Krankenhaus (154 gegenüber 110). Zudem erlitten die ProbandInnen öfter Herzinfarkte, Hirnblutungen und Durchblutungsstörungen. 21 Prozent der TeilnehmerInnen zwangen solche Umstände, das Mittel kurzzeitig abzusetzen, zehn Prozent mussten den Test ganz abbrechen.

Obszöne Preise

Diese großen Neben- und eher kleinen Hauptwirkungen sind teuer erkauft. Zu teuer, meinte der Onkologe Wolf-Dieter

Ludwig im *Spiegel*. „Die meisten dieser Medikamente haben nur eine geringe Wirkung. Deshalb halte ich die Preise schlicht für obszön“, so Ludwig, der auch Vorsitzender der Arzneimittel-Kommission der deutschen Ärzteschaft ist. Und als der ehemalige Leiter der „Kassenärztlichen Vereinigung Hessen, Jürgen Bausch, kritisierte: „Die Herstellerfirmen handeln mit ihrer Preisbildung gegenüber dem System einer solidarisch finanzierten Krankenversicherung verantwortungslos“, hatte er vor allem BAYER und NOVARTIS im Sinn. Die jährlichen Kosten für eine NEXAVAR-Behandlung in Höhe von 58.400 Euro bei minimalem Herstellungsaufwand zeugen in der Tat nicht von einem besonderen Verantwortungsgefühl. Die Krebsmittel fressen mittlerweile ein Viertel des Arznei-Budgets der Krankenkassen, obwohl sie nur zwei Prozent der Verordnungen ausmachen. Zukünftig dürfte es noch mehr sein: Nach einer Prognose des Berliner Institutes IGES werden die Ausgaben für Onkologie-Präparate bis 2013 jährlich um fast fünf Prozent auf 3,8 Milliarden Euro steigen.

In Großbritannien verhält es sich ähnlich. Dort aber hat das „National Institute for Health and Clinical Evidence“ (NICE) rea-

giert und eine Kosten/Nutzen-Bewertung der Mittel vorgenommen. Für den NEXAVAR-Wirkstoff Sorafenib fiel das Ergebnis negativ aus. „Die PatientInnen profitieren von Sorafenib nicht in einem Maße, das die hohen Kosten rechtfertigen würde“, urteilte die Behörde. Zuvor hatte das NICE mit BAYER und den anderen Herstellern um einen Kompromiss gerungen. Aber während ASTRAZENECA bereit war, den Preis für IRESSA zu senken und keine Rechnung zu stellen, wenn eine Therapie nicht die Länge von mindestens drei Monaten erreicht, blieb der Leverkusener Multi stur. Und auf die Frage der *Wirtschaftswoche*: „Ihr Präparat NEXAVAR gegen Nierenkrebs ist so teuer, dass es in England von den staatlichen Gesundheitsversorgern nicht erstattet wird. Englische Patienten müssen früher sterben. Können Sie eine solche Preispolitik verantworten?“, antwortete BAYER-Chef Werner Wenning nur: „Die Frage zur Erstattung müssen Sie den britischen Behörden stellen“.

Keine Frage der Moral

Die Entscheidung des NICE-Instituts, mahnende Stimmen aus dem medizinischen Umfeld und Presse-Artikel über die lu-

STADT LAND grün

DAS NEUE HANDBUCH IST DA!

Klimaveränderung und demographischer Wandel, Bildungsnotstand und Debatten über soziale Gerechtigkeit – was unsere Gesellschaft bewegt, beschäftigt auch die Kommunalpolitik.

Wer im Kreistag, Stadt- oder Gemeinderat sitzt, muss sich in vielen Bereichen auskennen, von der Wirtschafts- und Finanz- bis zur Umwelt- und Kulturpolitik. Das Handbuch für alternative Kommunalpolitik führt in die einzelnen Themenfelder ein, zeigt die wichtigsten Probleme auf und weist auf Lösungswege sowie Gestaltungsspielräume hin.

Mit Beiträgen von Jutta Ebeling, Franziska Eichstädt-Bohlig, Manfred Busch, Hans-Josef Fell, Britta Haßelmann, Joachim Lorenz, Heiner Monheim, Michael Opielka, Wolfgang Pohl, Reiner Schiller-Dickhut, Elisabeth Schroedter, Bernd Wagner und anderen.

Bielefeld 2008, 320 Seiten

Rita A. Herrmann
Gerald Munier (Hg.)

STADT LAND grün

HANDBUCH FÜR ALTERNATIVE KOMMUNALPOLITIK

HEINRICH BOLL STIFTUNG

AKP

Ich bestelle ___ Exemplar(e) „STADT LAND grün“ zum Stückpreis von 16,80 € + Versandkosten

Lieferung an folgende Adresse:

Name/Vorname _____

Straße/Nr. _____

PLZ/Ort _____

Kontoinhaber/in _____

Konto-Nr. _____ BLZ _____

Bank/Postgiroamt _____

Gewünschte Zahlungsweise bitte ankreuzen:

Einzugsermächtigung

Rechnung bei Lieferung erbeten

Scheck, Bargeld, Briefmarken liegen bei

Datum _____

Unterschrift _____

Bestelladresse:

AKP, Luisenstr. 40, 33602 Bielefeld

Tel.: 05 21/17 75 17

Fax: 05 21/17 75 68

e-mail: akp@akp-redaktion.de

www.akp-redaktion.de

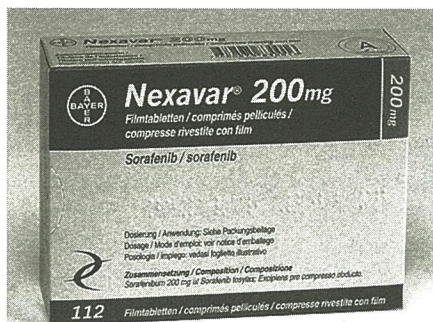
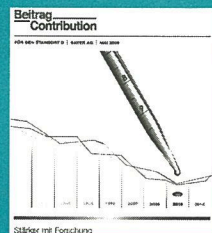


Image courtesy of Bayer Healthcare

krativen Onkologie-Arzneien haben eine Diskussion über Rationierungen im Gesundheitswesen entfacht. „Wir müssen einen Preis für das Leben festsetzen“, forderte etwa die kanadische Zeitung *The Globe and Mail*. Der Gemeinsame Bundesausschuss hat sich hingegen nach Aussage seines Chefs Rainer Hess gegenüber dem *Spiegel* lange „vor der tiefen ethischen Debatte gescheut“ und das „Institut für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen“ als bundesdeutsches NICE-Pendant nicht mit einer Prüfung von NEXAVAR & Co. betraut. Das soll sich laut Hess jetzt ändern: „Wir müssen die Krebs-Medikamente sauber bewerten, um Transparenz für die Patienten zu schaffen“.

Tiefgründige moralische Erwägungen sind dazu aber nicht nötig. Es geht nicht darum, in einer Güterabwägung zu ermitteln, welchen Preis das Überleben haben darf. Es geht vielmehr darum zu ermitteln, ob ein Mittel ohne statistisch signifikanten Wirksamkeitsnachweis 58.400 Euro im Jahr pro PatientIn kosten darf und ob den Krankenkassen eine solche Summe zuzumuten ist. Nicht um Rationierung also, sondern um Rationalität. Da mag der Leverkusener Multi im Falle eines solchen Verfahrens noch so philosophisch werden und menschliche Werte ökonomischen geopfert wähen. Momentan interessiert den Konzern jedoch etwas anderes. Er arbeitet fieberhaft daran, die Grenzen der Krankenkassen-Belastbarkeit in Sachen „NEXAVAR“ weiter zu strapazieren. Um die Umsätze von zuletzt 604 Millionen Euro noch zu toppen, testet er das Mittel für neue Anwendungsgebiete. Weder die mageren Resultate bei Leberzell- und fortgeschrittenem Nierenkrebs noch die völlig gescheiterten Erprobungen bei den Indikationen „Hautkrebs“, „Lungenkrebs“ und „Bauchspeicheldrüsenkrebs“ vermochten ihn davon abzuhalten.

Au weia, BAYER



„Mit dem BAYER-Politikbrief ‚Beitrag‘ bringen wir unsere Expertise in die politische Debatte in Deutschland ein“, so charakterisiert der Leverkusener Multi Sinn und Zweck seiner neuen Publikation, die sich an „politische Entscheider auf Bundes- und Landesebene sowie Wissenschaft, Wirtschaft und Medien“ wendet. Die neueste Ausgabe ist dem derzeitigen politischen Lieblingsthema des Konzerns, der steuerlichen Absetzbarkeit von Forschungsaufwendungen, gewidmet. BAYER-Vorstand Wolfgang Plichke zeigt den PolitikerInnen dort auch gleich, wie es gehen kann, und „entwirft eine steuerliche Förderung für Deutschland“.

Die Tageszeitung **jungeWelt**

Sommerakademie

Jetzt einschreiben und weiterbilden!

Die junge Welt ist ein erstklassiges Mittel gegen Bildungsnotstand. Auch unsere neue Sommerakademie-Kampagne ist bestens geeignet, Wissensdefizite bei Schülern und Studenten auszugleichen. Und weil wir gegen Bildungsprivilegien sind, wollen wir in den Sommermonaten allen Schichten der Bevölkerung dieses besondere Angebot unterbreiten: Bis zum 7. Oktober 2010, dem Tag des 15jährigen Bestehens der LPG, können Sie sich an unserer Sommerakademie beteiligen und so für mehr Bildung und Wissen sorgen. Dazu müssen Sie nur den untenstehenden Coupon ausfüllen. Für volle drei Monate liefern wir dann werktäglich die Tageszeitung *junge Welt* in Ihren Briefkasten. Zum ermäßigten Preis von 48 Euro. Nach drei Monaten endet das Abo automatisch – man muß es nicht abbestellen. Deshalb können Sie auch Freunde, Genossen, Arbeitskollegen und Kommilitonen zum Einstieg in die Sommerakademie der jungen Welt anregen. Oder gar die *junge Welt* für diesen Zeitraum verschenken.



Drei Monate jW für 48,- €

Sommerakademie ABONNEMENT

JA, ich will die Tageszeitung *junge Welt* drei Monate für 48 Euro (statt 84,10 €) lesen. Das Abo endet automatisch.

Frau Herr

Name Vorname

Straße/Nr. PLZ/Ort

Telefon E-Mail

Das Abo soll am beginnen (Angebot gilt nur 2010)

Unterschrift

Ich habe das Abo geworben Frau Herr

Name Vorname

Straße/Nr. PLZ/Ort

Telefon E-Mail

Ich ermächtige Sie hiermit, den Betrag von meinem Konto abzubuchen:

BG Kontoinhaber

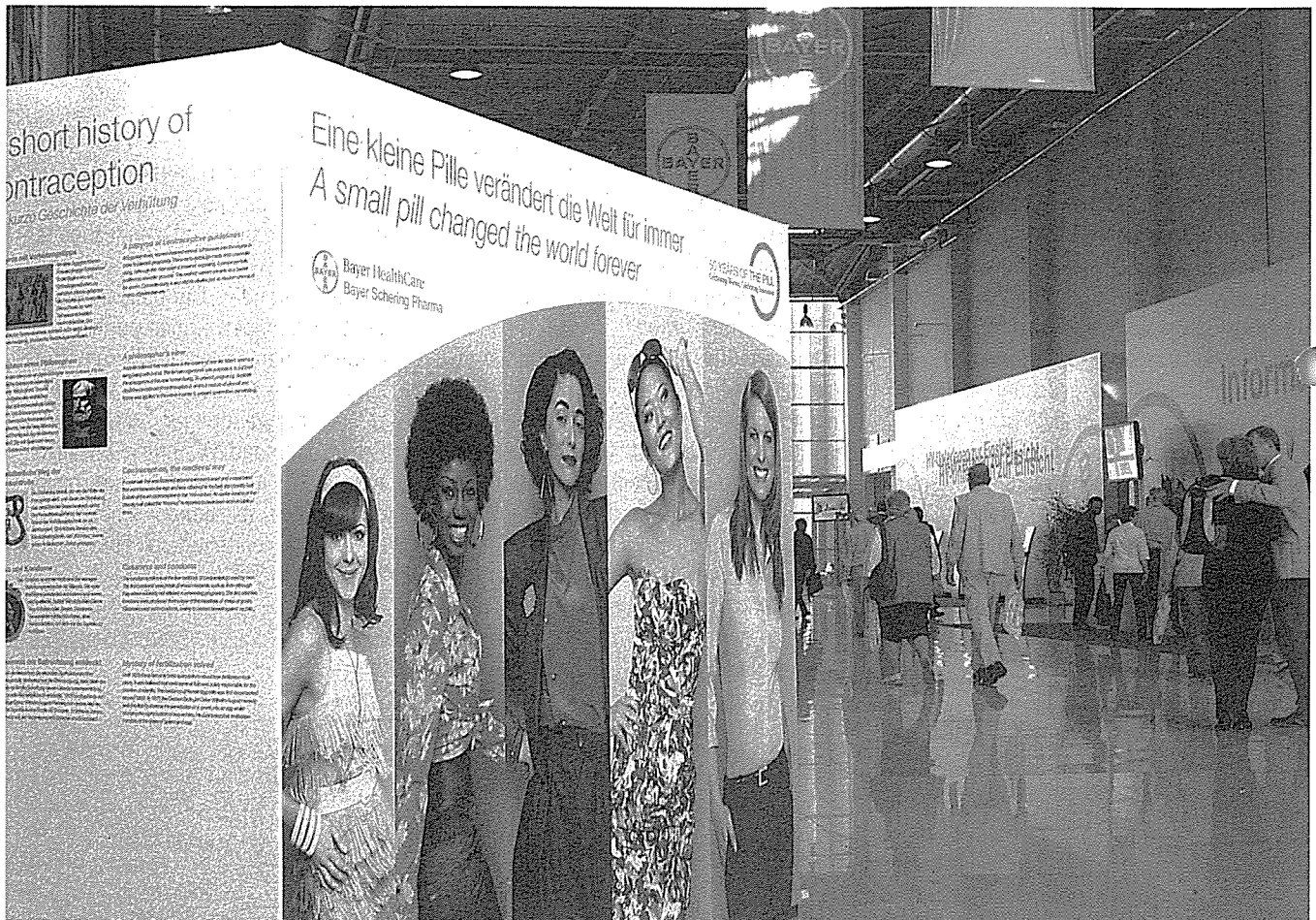
Geldinstitut Bankleitzahl

Kontonummer

Datum Unterschrift
 Coupon einsenden an: Verlag 8. Mai GmbH, Torstr. 6,
 10119 Berlin oder faxen an die 0 30/53 63 55-44, E-Mail:
 abo@jungewelt.de, Telefon: 0 30/53 63 55-81/-82

BAYER-Kontrazeptiva am Pranger

Immer mehr Todesfälle



Kontrazeptiva-Reklame auf der BAYER-Hauptversammlung 2010

Die Einnahme von BAYER-Kontrazeptiva wie YAZ, YASMINELLE und YASMIN ist mit einem vergrößerten Thrombose- und Embolie-Risiko verbunden. Neue Daten der US-Aufsichtsbehörden zeigen, dass die Zahl der Todesfälle noch höher liegt als bislang angenommen. Und durch die Einführung von YAZ-Nachahmerpräparaten könnte die Häufigkeit schwerer Nebenwirkungen noch weiter zunehmen.

Von Philipp Mimkes

Vor 50 Jahren begann in Deutschland der Verkauf der Antibaby-Pille. Erster Produzent war die SCHERING AG, die mittlerweile zum Weltmarktführer für hormonelle Kontrazeptiva aufgestiegen ist und seit 2006 zum BAYER-Konzern gehört. Mit Präparaten der sogenannten „vierten Genera-

tion“ wie YAZ, YASMINELLE, YASMIN und PETIBELLE macht die BAYER SCHERING AG einen Jahresumsatz von über einer Milliarde Euro. Zum Jubiläum startete das Unternehmen daher ein wahres Marketing-Feuwerk - unter anderem organisierte es eine Wanderausstellung, richtete

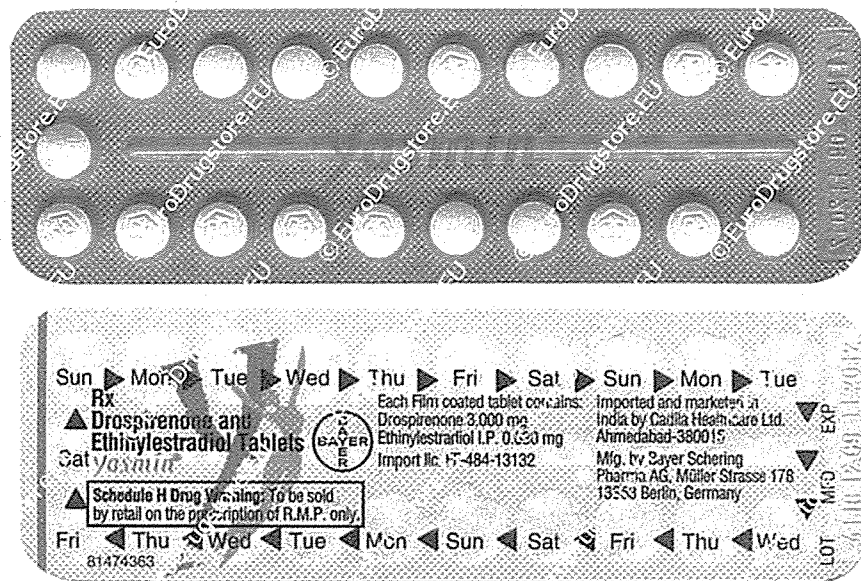
te Vorträge und Gala-Veranstaltungen in mehreren Ländern aus und initiierte eine FACEBOOK-Kampagne zu den „erstaunlichen Errungenschaften von Frauen in den vergangenen fünf Jahrzehnten“. Die erhöhten Risiken der hormonalen Verhütungsmittel, die den Markt heute be-

herrschen, thematisierte der Pharma-Riese nicht. Dabei hatten ExpertInnen schon bei der Einführung der Präparate mit dem Hormon Drospirenon vor rund acht Jahren davor gewarnt. Das pharma-kritische *arznei-telegramm* machte auf das Thrombose-Risiko des neuen Wirkstoffs aufmerksam und riet von einer Verordnung ab. Neuere Studien, die im vergangenen Sommer im *British Medical Journal* veröffentlicht wurden, konstatierten gar ein gegenüber älteren Pillen um bis zu 80 % erhöhtes Risiko.

Die absolute Gefahr ist vergleichsweise gering – von 100.000 Frauen, welche die Pille nehmen, erleiden jährlich zwischen 20 und 50 eine Thrombose. Da aber weltweit bis zu 100 Millionen Frauen mit Kontrazeptiva verhüten, führen selbst relativ seltene Nebenwirkungen zu zahlreichen Schädigungen. Wobei das zusätzliche Risiko der neueren Präparate in keiner Weise zu rechtfertigen ist: Ältere Mittel der „zweiten Generation“ verhüten ebenso zuverlässig.

Interne FDA-Daten

Recherchen des schweizer Fernsehens zeigen, dass die Zahl der gemeldeten Todesfälle weit höher liegt als vermutet. War im Zusammenhang mit den BAYER-Produkten YASMIN und YAZ bislang von 50 Todesfällen die Rede, so zeigen neue Daten, dass allein in den USA 140 Frauen durch YASMIN und 50 durch YAZ starben. ReporterInnen der Nachrichtensendung *10vor10* hatten hierfür eine Anfrage nach dem amerikanischen Informationsfreiheitsgesetz gestellt und von der Aufsichtsbehörde „Food and Drug Administration“ (FDA) kartenweise Unterlagen erhalten. Die FDA hatte in den vergangenen zehn Jahren rund 10.000 so genannter Spontanmeldungen zu Nebenwirkun-



gen von Antibaby-Pillen gesammelt und diese nun erstmals zugänglich gemacht. Dokumentiert werden harmlose Nebenwirkungen wie Kopfschmerz und Schlaflosigkeit, aber auch Lungenembolien und Sterbefälle. Das Verhütungspflaster EVRA von JANSSEN CILAG und der NUVARING der ESSEX CHEMIE führten nach den Dokumenten ebenfalls zu Dutzenden von Toten.

„Es ist für mich emotional ergreifend und sehr tragisch“, sagte Stephan Krähenbühl, Chefarzt in Basel und Präsident der Schweizer Kommission für Medikamentenzulassung, zu den Zahlen. Und der Frauenarzt Daniel Brügger, der seit Jahren vor den Risiken neuerer Verhütungsmittel warnt, kommentierte: „Ich bin schockiert. Man hätte die Todeszahlen besser kommunizieren sollen“. Gesundheitsverbände, die bereits seit dem Tod mehrerer junger SchweizerInnen ein Verbot von Mitteln mit dem Wirkstoff Drospirenon fordern,

dürften durch die Sendung noch einmal Auftrieb bekommen haben.

2.700 Klagen

Mit der Zahl der Geschädigten wächst auch die Zahl der KlägerInnen. Ende Juli musste der Leverkusener Multi einräumen, dass er sich in den USA 2.700 Klagen gegenüber sieht - bislang war von 1.600 Verfahren die Rede. In Kanada liegen acht Sammelklagen vor. In Deutschland, wo Sammelklagen juristisch nicht vorgesehen sind, müssen die Betroffenen einzeln klagen. Zu den Klägerinnen gehören auch geschädigte Frauen, die Ende April 2010 auf Einladung der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) auf der Hauptversammlung des Unternehmens von ihrer Leidensgeschichte berichtet hatten (siehe *SWB* 2/3-10).

Die CBG kooperiert mit den Anwälten und brachte das Thema wiederholt in die Medien. So wurden Kathrin Weigele und Fe-



aus dem Inhalt:

Technikfreunde
Der Bioökonomierat:
demokratisch
nicht legitimes Gremium

Doppelmoral
Ökonomische Erfordernisse
bestimmen in der Wirtschaft
die Moral

**Forschung braucht
Öffentlichkeit**
Forschungsförderung:
ganz im Sinne der Industrie?

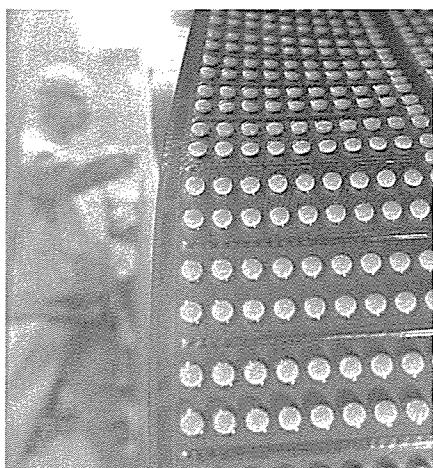
GID 200 Jubiläumsausgabe

Offene Rechnungen Gentechnik+Kritik+Ökonomie

Zeitschrift für Informationen und Kritik
zu Gentechnik und Biopolitik
54 Seiten • 6,50 Euro

GID

Gen-ethisches Netzwerk e.V.
Tel.: 030/685 70 73, gen@gen-ethisches-netzwerk.de
www.gen-ethisches-netzwerk.de



licitas Rohrer, welche die Einnahme der BAYER-Präparate nur knapp überlebt hatten und auf der AktionärInnen-Versammlung einen Verkaufsstopp gefordert hatten, in der Wochenzeitung *Die Zeit* und in der *Süddeutschen Zeitung* portraitiert.

Verbot gefordert

Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN wandte sich nach Veröffentlichung der Zahlen in einem Schreiben an die FDA und verlangte ein Verbot aller Präparate mit erhöhtem Risiko-Potenzial. Im Jahr 2001 hatte die FDA BAYERS Cho-

lesterin-Senker LIPOBAY wegen zahlreicher Todesfälle vom Markt genommen. „Die Problematik ist durchaus vergleichbar, da es in beiden Fällen weniger gefährliche Alternativen gab beziehungsweise gibt – nur dass die Zahl der Todesfälle von YASMIN und YAZ höher liegt“, heißt es in dem Brief der CBG. Die FDA antwortete, eine Studie zu den Todesfällen sei im Gange. Weitere Schritte seien momentan nicht absehbar. Die Verkaufszahlen gehen jedoch auch ohne behördliches Eingreifen zurück: Der Branchendienst IMS Health meldete für den US-Markt zwischen Januar und Mai 2010 Umsatz-Einbußen bei Drospirenon-Pillen von 15 Prozent.

In der Bundesrepublik, wo im letzten Jahr fünf Personen an den Nebenwirkungen von YASMIN und YAZ starben, reagieren die Behörden ebenfalls langsam. Einzig eine Ergänzung des Beipackzettels, der nun einen Hinweis auf die jüngsten Studien zum erhöhten Embolie-Risiko enthalten muss, ordnete das „Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte“ (BfArM) an. Vier Monate später hatte es der Konzern jedoch noch immer nicht geschafft, die Fachinformation für Ärzte entsprechend zu aktualisieren.

Die Zurückhaltung der Behörden erklärt sich vielleicht damit, dass das BfArM in den 90er Jahren in einer Auseinandersetzung mit der Pharma-Industrie unterlegen war. Die Zulassungsbehörde hatte damals die Verschreibung von Antibaby-Pillen der dritten Generation wegen erhöhter Risiken für Frauen unter 30 Jahren untersagt. Daraufhin klagten die Hersteller unter Führung von SCHERING, und 1998 wurde das Verbot aufgehoben.

YAZ-Generika kommen

Unterdessen steigt das Gefährdungspotenzial. Das israelische Unternehmen TEVA, weltgrößter Anbieter preisgünstiger Nachahmer-Präparate, kündigte an, noch in diesem Jahr eine Kopie von YAZ auf den US-Markt zu bringen. Auch die NOVARTIS-Tochter SANDOZ und der US-Konzern WATSON wollen Generika-Versionen verkaufen. BAYER hat gegen alle drei Konkurrenten Klage erhoben, wird den Markteintritt der Mittel aber wahrscheinlich nicht lange verhindern können. Durch den günstigeren Preis drohen die Verkaufszahlen weiter anzusteigen - und damit auch die Zahl schwerer Nebenwirkungen.

JAHRESTAGUNG 2010

Samstag, 13. November, 9.30 - 18.00 Uhr
Eintritt frei
Spende erbeten

CBG

Coordination gegen BAYER-Gefahren
Coordinazione contro i pericoli derivanti dalla BAYER
Coordinadora contra los peligros de la BAYER
Coordinaçao em contra dos perigos da BAYER
Coordination contre les dangers liés à BAYER
Coordination against BAYER-Dangers

JETZT ANMELDEN

Tödlich!

BAYER & Co gefährden mit Pipelines, Kohlekraftwerken und chemischer Großproduktion unser Leben

Ich melde mich hiermit verbindlich an zur Jahrestagung 2010 mit Personen (bitte auch die Namen und Adressen eventueller weiterer Personen angeben / ggfs. auf separatem Blatt) Private Übernachtung auf Anfrage kostenfrei, preiswertes Hotel-Zimmer auf Wunsch.

Ich spende für die Jahrestagung 2010 Euro (Bitte Lastschrift ausfüllen).
Ich bin Mitglied Ja Nein

Ich möchte Mitglied werden mit einem Jahresbeitrag von (mind. 60 Euro). Im Beitrag ist der Bezug des InfoMagazins STICHWORT BAYER enthalten.

Bitte schick mir weitere Informationen.

Name _____

Adresse _____

Bank _____ BLZ _____

Kto-Nr. _____ Unterschrift _____ Alter _____

Zurück an: Coordination gegen BAYER-Gefahren e.V./CBG,
Postfach 15 04 18, D-40081 Düsseldorf,
Fon (0)2 11 - 33 39 11, Fax (0)2 11 - 33 39 40

eMail info@CBGnetwork.org
www.CBGnetwork.org



B U C H T I P P

Ihr Einkaufsführer für nachhaltigen Konsum und gutes Leben!

Jetzt **NEU**:
Hamburg & Schleswig-Holstein!
.... dort wo es Bio-Produkte gibt.

Ökologisch, fair ...

G U T S C H E I N :

... für kostenlose Exemplare, bitte gewünschte Ausgabe(n) ankreuzen, Ihre Adresse und € 1.45 Porto pro Buch an uns senden.

- | | |
|---|---|
| <input type="checkbox"/> Hamburg/Schleswig-Holstein | <input type="checkbox"/> Berlin/Brandenburg |
| <input type="checkbox"/> Nordrhein-Westfalen | <input type="checkbox"/> Niedersachsen/Bremen |

Verlag Das grüne Branchenbuch
Lasbeker Straße 9 • 22967 Tremsbüttel • Tel. 04532-21402
Fax: 04532-22077 • www.gruenes-branchenbuch.de
service@gruenes-branchenbuch.de

136 Seiten ISBN 978-3-932309-32-8

CBG 28 05 10

Dekkers neuer BAYER-Chef

„Darf's ein bisschen weniger sein?“



Die CBG begrüßt den neuen BAYER-Chef auf der Hauptversammlung 2010

Am 1. Oktober löst der Niederländer Marijn Dekkers Werner Wenning als Vorstandsvorsitzenden von BAYER ab. Der Kapitalmarkt erwartet von ihm einschneidende Veränderungen wie den Verkauf der Kunststoff-Sparte.

Von Jan Pehrke

Diesmal lief es anders: Der Leverkusener Multi rekrutierte seinen neuen Vorstandsvorsitzenden nicht wie in der Vergangenheit üblich aus den eigenen Reihen, sondern verpflichtete einen Externen. Die Headhunter von EGON ZENDERS INTERNATIONAL hatten den Holländer Marijn

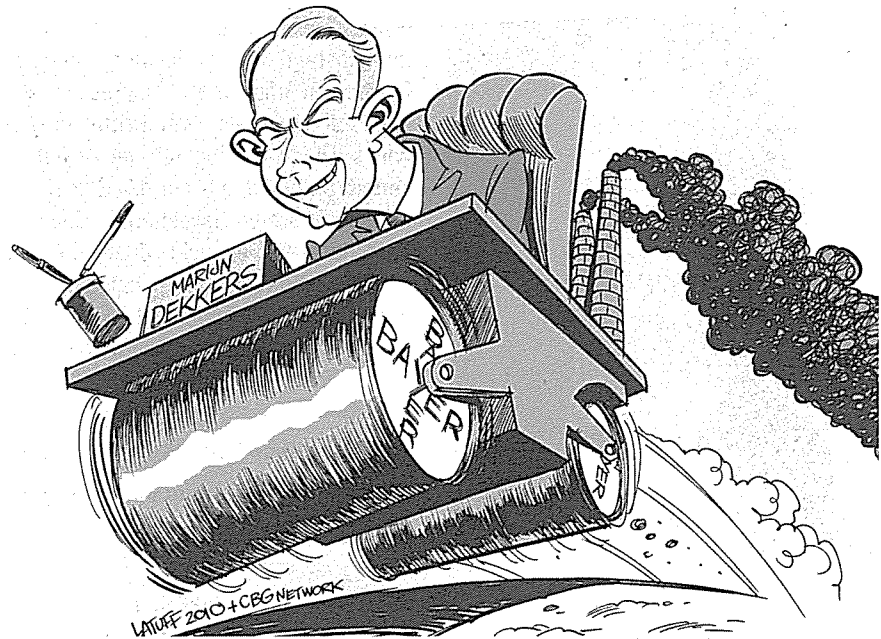
Dekkers für BAYER in den USA aufgespürt, wo er in Diensten des Laborgeräte-Herstellers THERMO FISHER SCIENTIFIC stand. Er entsprach am besten den Vorstellungen, die der Konzern sich vom Wenning-Nachfolger gemacht hatte. Dieser sollte beste Beziehungen zu den Kapi-

talmärkten haben und Internationalität aufweisen, aber auch der Landessprache mächtig sein, denn: „Der Chef eines deutschen Großunternehmens muss sich ohne Dolmetscher mit der Kanzlerin und den Arbeitnehmer-Vertretern unterhalten können“. Nicht zuletzt gehörte noch ein

„Track Record im Portfolio-Management“ zum Anforderungsprofil, also Erfahrung im Kaufen von Firmen und Verkaufen von Betriebsteilen. Und über diese verfügt Marijn Dekkers nicht zu knapp. Bei seinem früheren Arbeitgeber veräußerte er 45 Firmensparten, machte die Hälfte der 130 Fabriken dicht und vernichtete 5.000 von 13.000 Arbeitsplätzen, ehe er FISHER SCIENTIFIC erwarb und damit die Beschäftigtenzahl auf 35.000 erhöhte.

Der Kapitalmarkt setzt bei seinem neuen Job eher auf seine Verkaufstalente. „Von Wennings designedem Nachfolger Marijn Dekkers erhoffen sich viele Analysten, dass sich der erste nicht im Konzern aufgewachsene Vorstandschef möglichst schnell vom ungeliebten Kunststoffgeschäft trennt“, schreibt *Der Platow-Brief*. Auch das *Handelsblatt* legt dem Holländer diesen Schritt nahe und zählt in seinem vierseitigen BAYER-Dossier noch mehr Baustellen auf. „Die Teilbereiche von BAYER verdienen zu wenig. Der neue Chef Dekkers muss durchgreifen“, fordert die Zeitung angesichts eines angeblichen Gewinn-Rückstandes von drei bis zehn Prozent gegenüber der Konkurrenz. Im Pharma-Bereich sieht das Blatt ebenfalls Schwächen, wenn die neuen Mittel nicht den erwarteten Erfolg bringen. Dann „dürfte der Druck in Richtung Kostensenkung wachsen“, prophezeit das Presseorgan. Darüber hinaus moniert das *Handelsblatt* die zu geringe Eigenkapital-Rendite und die zu komplizierte Holding-Struktur. Die *Welt* hingegen kritisiert die immer noch nicht abgeschlossene Integration des 2006 gekauften Pharma-Riesen SCHERING in den Konzern und macht „Doppelstrukturen und überflüssige Hierarchie-Ebenen“ aus. Zudem sieht die Springer-Postille Mängel bei der Entwicklung und Markt-Einführung von Medikamenten. Auch die *Financial Times Deutschland* spürt Schwächen in der Organisation der Pillen-Abteilung auf und mahnt eine „Reform“ an.

Eine Menge Arbeitsplatzvernichtungsarbeit für den Neuen türmt die Kapital-Journaille da also auf. Aber noch krepelt Marijn Dekkers die Ärmel nicht hoch. Der Niederländer hält sich bis auf Weiteres bedeckt und bemüht sich um moderate Töne. Er vertrete nicht die US-amerikanische Managerkultur und hätte auch nicht vor, „alles um 180 Grad zu drehen“, bekundete Marijn Dekkers Ende Januar auf einem für die Presse arrangierten Abend-



Opgepast Marijn Dekkers - Profijt is niet lekkers!

Karikatur: Carlos Latuff

essen. Beim Thema „Kunststoff-Sparte“ wand der Manager sich. „Für Aussagen ist es viel zu früh“, so der Wenning-Nachfolger. Dem *Manager-Magazin* versicherte Dekkers, er halte das Unternehmen für gut aufgestellt - um dann sogleich einzuschränken: „aus heutiger Sicht“ und sich

„Opgepast Herr Dekkers, Profijte sijn niet lekkers!“

für den Fall der Fälle gewappnet zu zeigen. „Ich habe auch keine Angst zu sanieren, falls es notwendig und richtig ist für das Unternehmen“, konstatierte der NeubAYER. Fünf Monate später hatte sich an dieser Doppelzüngigkeit nichts geändert. Portfolio-Änderungen ständen nicht oben auf seiner Liste, vertraute Dekkers den InvestmentbankerInnen von JP MORGAN an. Erst einmal wolle er die einseitige Rendite-Orientierung aufgeben und in Zukunft auch kleinere Gewinne realisieren, die Pharma-Verkäufe in den USA vorantreiben und das Personal besser einbinden, erläuterte der studierte Chemiker. Gleichzeitig frohlockte er jedoch, dass der Leverkusener Multi ab 2011 für eventuelle Verkäufe keine Steuern mehr zu bezahlen bräuchte. Und Geld habe der Niederländer für „Plaste & Elaste“ ebenfalls nicht mehr übrig: Investitionen kündigte der Konzern-Chef in spe nur für den Pharma- und Landwirtschaftsbereich an.

Marijn Dekkers wäre allerdings auch

der erste BAYER-Manager, der Klartext spräche und die Presse vorab über Verkaufsabsichten informierte. Tatsächlich deutet aber vieles auf eine Trennung hin. Laut *Manager Magazin* hatte der Pharmariese bereits 2007 die Lage sondiert und nach möglichen Interessenten Ausschau gehalten, doch dann kam die Wirtschaftskrise dazwischen. Und selbst mitten in der Rezession, als die Umsätze von BAYER MATERIAL SCIENCE (BMS) einbrachen und kaum jemanden in der Branche der Sinn nach Akquisitionen stand, verstummten die Gerüchte nicht. So drangen etwa Meldungen über Verhandlungen mit der INTERNATIONAL PETROLIUM INVESTMENT COMPANY (IPIC) in Sachen „BMS“ nach außen, die der Leverkusener Multi jedoch rasch dementierte.

Teile der Kunststoff-Sparte hatte der Konzern zusammen mit dem Chemie-Bereich schon 2004 abgestoßen, weil sie nicht mehr den Rendite-Erwartungen entsprach. Unter anderem hatten der Preisdruck durch weltweite Überproduktion und gestiegene Rohstoff-Kosten für schwindende Extra-Profite gesorgt. Mit der Abkehr vom Massenmarkt und der Konzentration auf höherwertige Materialien wollte das Unternehmen solchen Belastungsfaktoren ausweichen, aber inzwischen schlugen diese auch auf das Geschäft mit High-End-Produkten durch. Der Aufbau von Kapazitäten rund um den Globus hat sich nämlich seit 2004 noch einmal beschleunigt.





Marijn Dekkers

nigt, und vor allem Konzerne, die direkt an den Öl-Quellen sitzen wie die IPIC in Abu Dhabi, haben Standort-Vorteile. Zudem leidet BAYER an mangelnder Polycarbonat-Nachfrage, seitdem die CD-Produktion eingebrochen ist.

Darüber hinaus haben sich im Konzern die Relationen zwischen den Bereichen Pharma, „Landwirtschaft“ und „Kunststoff-

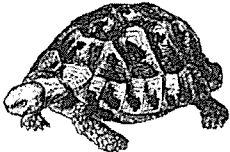
fe“ verschoben. Durch den Erwerb von SCHERING stieg die Pillenabteilung zur mit Abstand ertragreichsten unter den Dreien auf und sorgte im Geschäftsjahr 2009 für mehr als zwei Drittel des Gewinns. Um in die Top Ten der Arznei-Riesen vorzustoßen, müsste der Global Player jedoch weiter investieren. Doch das Geld dafür hat er nicht, drückt ihn doch seit der SCHERING-Übernahme eine milliardenschwere Schuldenlast. „Einige Milliarden, etwa für die Akquisition einer Tierarznei-Firma, kann BAYER ohne weiteres

„Ich habe auch keine Angst zu sanieren, falls es notwendig und richtig ist für das Unternehmen“

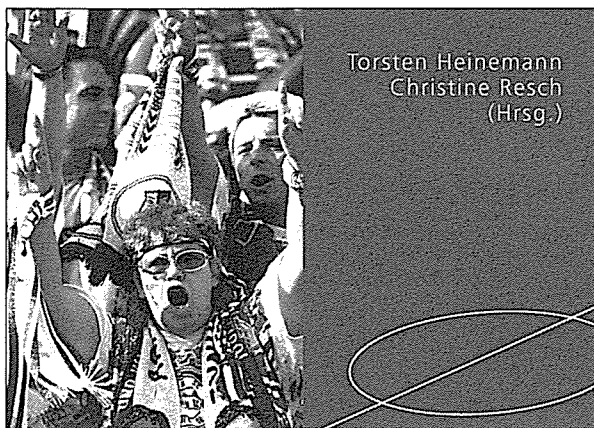
stemmen. Einen wirklich großen Expansionsschritt im Pharma- oder Gesundheitssektor dagegen gibt die Bilanz nicht her. In diesem Fall bliebe kaum etwas anderes übrig, als eine neue Umbauphase einzuleiten - und das heißt vor allem die Trennung von der Kunststoff-Sparte BAYER MATERIAL SCIENCE und möglicherweise auch von der Agrochemie“, analysiert die *Financial Times Deutschland*. Und nicht zuletzt die Verpflichtung

des ehemaligen NOVARTIS-Mannes Jörg Reinhardt als Chef von BAYER HEALTH CARE deutet auf größere Pläne mit dem Unternehmensteil „Gesundheit“ hin.

Auf die Beschäftigten dürften also schwere Zeiten zukommen, selbst wenn der Leverkusener Multi sich für ein Festhalten am 3-Säulen-Modell entscheiden sollte - oder schlicht keinen Kunststoff-Käufer fände. Zu viele „to dos“ hat das Kapital dem neuen Konzernchef ins Stammbuch geschrieben, als dass die Ära Dekkers ohne Belastungen des Faktors „Arbeit“ auskommen könnte. In diesem Fall muss der neue BAYER-Chef aber auch mit Belastungen durch den Faktor „COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN“ rechnen. Die Coordination warnte ihn bereits auf der diesjährigen Hauptversammlung im April per Bild und Wort „Opgepast Herr Dekkers, Profijte zijn niet lekkers!“ und CBG-Vorständler Axel Köhler-Schnura kündigte in seiner Rede an: „Ebenso wie ihren Vorgängern von Herrn Haberland über Herrn Grünewald, Herrn Strenger und Herrn Schneider bis hin zu Herrn Wenning werden wir Ihnen, Herr Dekkers, auf die Finger schauen und Ihnen nichts durchgehen lassen“.

<h1>express</h1>		<p>ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT</p> 
<ul style="list-style-type: none"> ■ Abgetreten? Texte zu und aus Theorie & Praxis der internationalen ArbeiterInnenbewegung ■ Absurd? Perspektiven jenseits betrieblicher & nationaler Standortpolitik ■ Alternativlos? Elemente & Strategien einer gewerkschaftlichen Anti-Konzessionspolitik ■ Anachronistisch? Berichte über nationale & internationale Arbeitskämpfe ■ Antizyklisch? Debatten und Kommentare zur Politik der Ökonomie 	<p>■ express, Nr. 5-6/10 u.a.</p> <ul style="list-style-type: none"> ◆ Ingo Schmidt: »Zurück ins Zentrum«, über die Grenzen neoliberaler Krisenpolitik und falsche Sündenböcke ◆ Stephan Krull: »Die Autogesellschaft ist die Krise«, ohne Umbau kein Ausweg! - ein Plädoyer ◆ »Auto und Mobilität in der Krise«, Konferenz zur Transformation gesellschaftlicher Verkehrsverhältnisse ◆ Siggie Frieß & Peter Birke: »Umwege ins Paradies?«, fünf Thesen für eine Erneuerung der Arbeitszeit-Debatte ◆ »Rückblick auf verborgenes Terrain«, Diskussion über die DDR und 20 Jahre 1989, Teil I ◆ Andreas Bieler/Ingemar Lindberg/Werner Sauerborn: »Universelle Besonderungen«, über die Rolle der Gewerkschaften in der neuen globalen Ökonomie ◆ »Migrationsmonopoly«, Arbeitsmärkte in Bewegung ◆ »Müssen wir in die Fußstapfen unserer Eltern treten?!«, blutige Auseinandersetzungen in chinesischem Vorzeigewerk von Honda ◆ Veranstaltungsankündigung: »Krise im Handel - Handeln in der Krise«, Erfahrungen, neue Ansätze und Wege 	<p>○ Ich möchte 1 kostenloses Probeexemplar ○ Ich möchte die nächsten 4 aktuellen Ausgaben zum Preis von 10 Euro (gg. V.k.)</p>
<p>Redaktion express Niddastraße 64 60329 Frankfurt</p>	<p>Tel. (069) 67 99 84 Email: express-afp@online.de www.express-afp.info</p>	<p>Bezugspreise: Einzelheft 3,50 Euro; Jahresabo. 35 Euro, erm. 18 Euro (Studierende, Auszubildende) und 12 Euro (Hartz IV-Spezial-Abo) - einschl. Versandkosten.</p>

VERLAG WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT



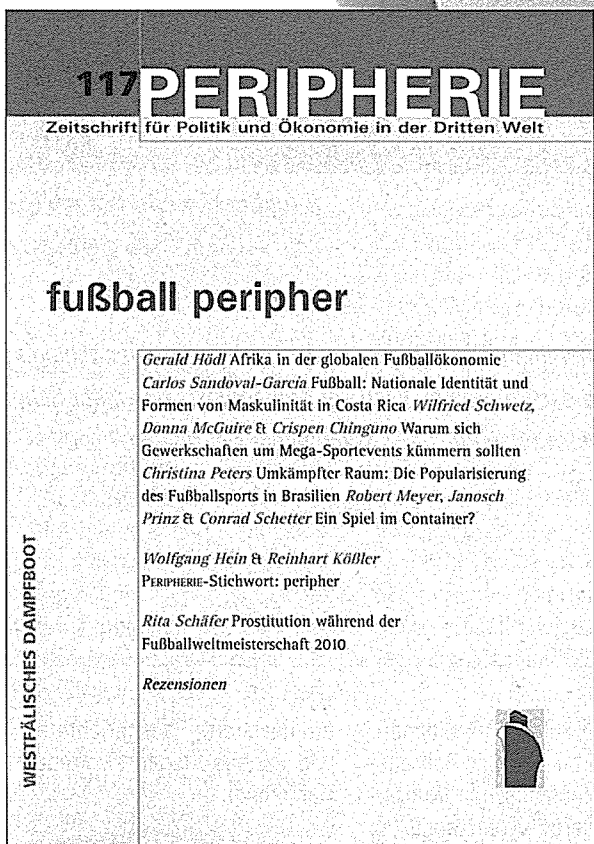
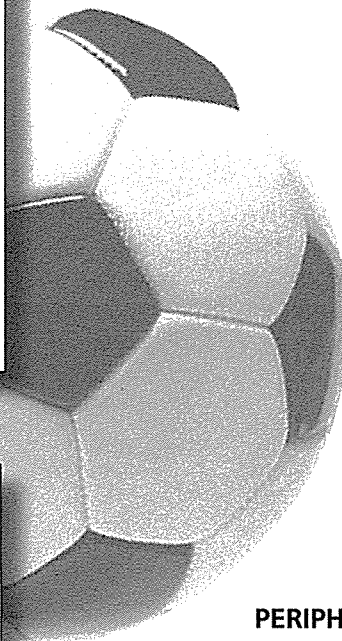
Torsten Heinemann
Christine Resch
(Hrsg.)

(K)ein Sommermärchen: kulturindustrielle Fußball-Spektakel

WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

2010 - 235 S. - € 24,90

Eine Gruppe von SoziologInnen hat während der Fußball-Europameisterschaft das Geschehen in den Fanzonen beobachtet und die Medien-Berichterstattung ausgewertet. Fußball wird dabei konsequent als Zuschauer-Sport reflektiert. Welche Sicherheitsmaßnahmen die Fans bereitwillig über sich ergehen lassen und was es mit dem „Partyotismus“, den Politiker als neues, freundliches Nationalbewusstsein so schätzen, tatsächlich auf sich hat, wird ebenso analysiert, wie die Geschäftemachereien der Sportverbände und die kommunalen Kosten.



117 **PERIPHERIE**

Zeitschrift für Politik und Ökonomie in der Dritten Welt

fußball peripher

Gerald Hödl Afrika in der globalen Fußballökonomie
Carlos Sandoval-García Fußball: Nationale Identität und Formen von Maskulinität in Costa Rica
Wilfried Schwetz, Donna McGuire & Crispin Chinguno Warum sich Gewerkschaften um Mega-Sportevents kümmern sollten
Christina Peters Umkämpfter Raum: Die Popularisierung des Fußballsports in Brasilien
Robert Meyer, Janosch Prinz & Conrad Schetter Ein Spiel im Container?

Wolfgang Hein & Reinhart Köbler
PERIPHERIE-Stichwort: peripher

Rita Schäfer Prostitution während der Fußballweltmeisterschaft 2010

Rezensionen

WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

2010 - 152 S. - € 10,50

PERIPHERIE 117

fußball peripher

Editorial

Gerald Hödl Afrika in der globalen Fußballökonomie

Carlos Sandoval-García Fußball: Nationale Identität und Formen von Maskulinität in Costa Rica

Wilfried Schwetz Warum sich Gewerkschaften um Mega-Sportevents kümmern sollten.
Donna McGuire & Crispin Chinguno Gewerkschaftliche Organisierung im Umfeld der Fußballweltmeisterschaften 2006 in Deutschland und 2010 in Südafrika

Christina Peters Umkämpfter Raum: Die Popularisierung des Fußballsports in Brasilien von 1890 bis 1930

Robert Meyer Janosch Prinz & Conrad Schetter Ein Spiel im Container?
Zum Zusammenhang von Raum und Fußball..

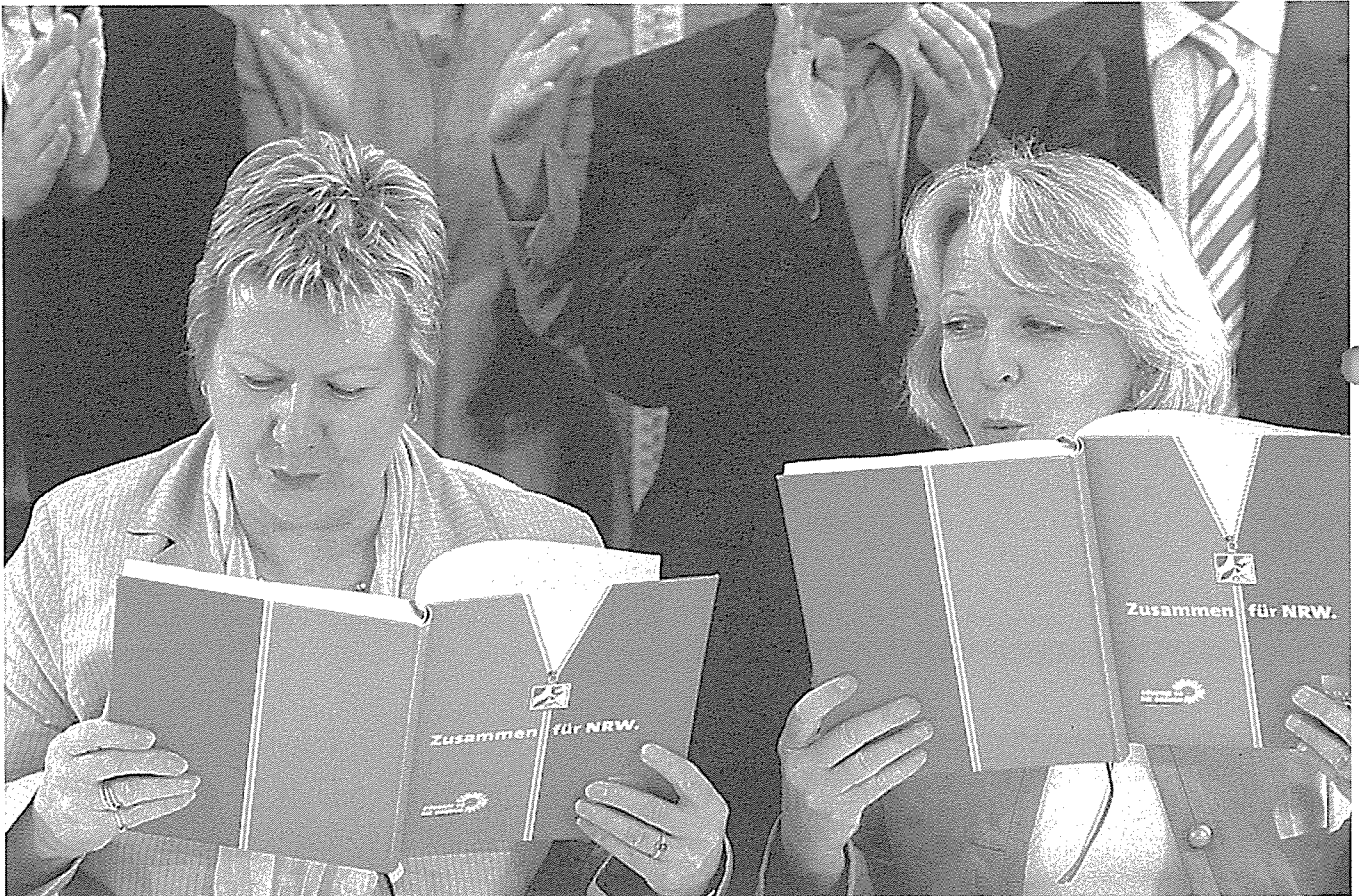
Wolfgang Hein & Reinhart Köbler PERIPHERIE-Stichwort: peripher

Diskussion

Rita Schäfer Prostitution während der Fußballweltmeisterschaft 2010 – Legalisierung, Entkriminalisierung oder Verbot?

Droht BAYER die Öko-Revolution?

Rot-Grün hat viel vor in NRW



Sylvia Löhrmann und Hannelore Kraft stellen den Koalitionsvertrag vor

Die neue nordrhein-westfälische Regierung hat sich viel vorgenommen. Sie will das Land „zum Vorreiter der ökologisch-industriellen Revolution machen“. Der Koalitionsvertrag liefert dazu das Programm. Weniger Kohlendioxid und mehr Schutz für Wasser, Boden & Luft verspricht er unter anderem. Bei den umstrittenen Punkten „Kohlenmonoxid-Pipeline“ und „Kohlekraftwerke“ bleibt die Vereinbarung allerdings schwammig.

Von Jan Pehrke

„Wir wollen NRW zum Vorreiter der ökologisch-industriellen Revolution machen“, das kündigt die neue rot-grüne Landesregierung in ihrem Koalitionsvertrag an. Eine Ablösung der alten Kräfte ist nach Ansicht der beiden Parteien zum Erreichen dieses Zieles aber nicht nötig: Sie haben

vor, Ökonomie und Ökologie miteinander zu versöhnen. Rot-Grün bekennt sich ausdrücklich zu den einheimischen Konzernen als „Quelle unseres Wohlstandes in NRW“, beabsichtigt jedoch, die mit ihren Anlagen verbundenen Belastungen für Mensch, Tier und Umwelt zu senken. „Ein-

en nachhaltig ausgerichteten Industrie- und Chemie-Standort“ streben die KoalitionärInnen an.

Dazu nehmen sich SozialdemokratInnen und Grüne vor allem des „Himmels über der Ruhr“ an. Angesichts eines NRW-

Anteils am klima-schädigenden Kohlendioxid-Ausstoß der Bundesrepublik von 33 Prozent, wozu der Leverkusener Multi über acht Millionen Tonnen beiträgt, plant die Landesregierung umfängliche Reduktionsmaßnahmen. Näheres soll schon im nächsten Jahr ein Klimaschutzgesetz regeln.

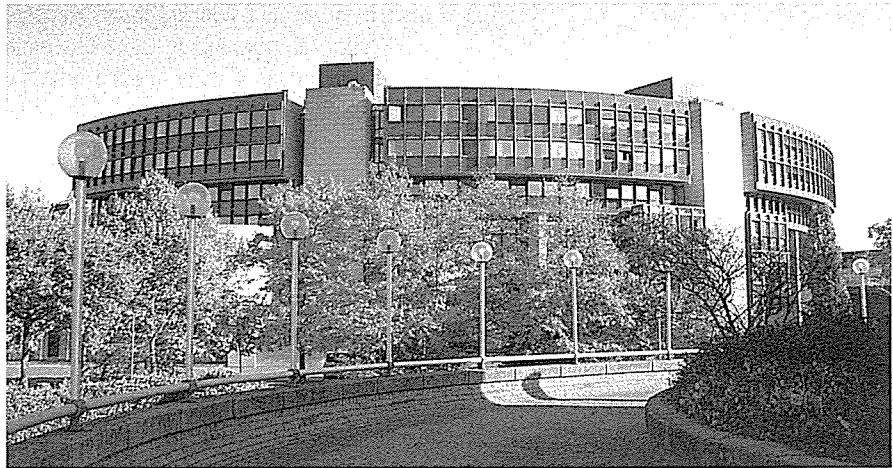
Aber der „ökologische Aufbruch“ bezieht auch Maßnahmen zum Tier-, Gewässer- und Bodenschutz und zur Verringerung der Belastung mit Feinstaub, Lärm und Müll ein. So will die neue Landesregierung den Unternehmen zumindest teilweise wieder in Rechnung stellen, was sie dem Grundstoff „Wasser“ antun. Deshalb darf der unter Schwarz-Gelb zum Auslaufmodell degradierte „Wasser-Cent“ ein Comeback feiern. Zudem haben Kraft & Co. sich vorgenommen, die Altlasten-Erkundung auszuweiten, den Naturschutz-Etat schrittweise zu verdoppeln und einen Masterplan „Umwelt und Gesundheit NRW“ zu erstellen. „Der Mensch hat ein Grundrecht auf ein gesundes Leben. Das hat Vorrang vor privatwirtschaftlichen Interessen“, hält der Koalitionsvertrag fest.

Darüber hinaus steht eine Rücknahme der schwarz-gelben Umweltverwaltungs-„reform“ auf der Agenda, die unter anderem zur Auflösung des „Landesamtes für Ökologie, Bodenschutz und Forsten“ und des Landesumweltamtes geführt und den Um-

Es gelang den Grünen nicht, die Zustimmung der SozialdemokratInnen zu einer Aufhebung des Pipeline-Gesetzes zu erlangen

weltämtern ihre Selbstständigkeit genommen hatte. 1.000 Arbeitsplätze kostete das Ganze und schwächte das Politikfeld ungemein. Was Rüttgers' Club populistisch als „Bürokratie-Abbau“ verkaufte, bezeichnet der neue grüne Landesumweltminister Johannes Remmel nun als „große Umweltsünde“. „Wir sitzen auf einer tickenden Zeitbombe, wenn wir zum Beispiel Risiko-Betriebe nicht mehr ausreichend überwachen können“, so Remmel zum Rückbau des Rückbaus.

Das Vakuum, das dieser Kahlschlag hinterließ, füllten CDU und FDP mit BAYER & Co.. Sie riefen den „Dialog Wirtschaft und Umwelt NRW“ ins Leben, eine Art Nebenregierung, in welcher der ehemalige BAYER-Manager Andreas Schendel



Der NRW-Landtag in Düsseldorf

den Arbeitskreis „Gewässerschutz“ leitet. Dieses Gremium, das nicht nur im Bereich „Gewässerschutz“, sondern auch auf den Gebieten „Abfall“, „Bodenschutz“ und „Immissionsschutz“ Umweltpolitik im Sinn der Industrie machte, sieht jetzt einer Neuausrichtung entgegen. SozialdemokratInnen und Grüne nehmen sich im Koalitionsvertrag vor, es so umzustrukturieren, dass „ein wirklicher Dialog zwischen Umwelt- und Verbraucherschutzverbänden, Wirtschaft und Gewerkschaften“ möglich ist. Und auch durch Novellierungen des Umweltinformationsgesetzes, des Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetzes und des Landschaftsgesetzes sollen die Initiativen mehr Mitsprache erhalten.

Widersprüchlich bleiben jedoch die Aussagen zur Gentechnik. „Im Bereich der Bio- und Gentechnologie setzen wir uns für die systematische Weiterentwicklung der verantwortbaren Innovationspotenziale ein“, schreiben die Koalitionspartner im Wissenschaftspolitik-Abschnitt des Vertrages und nennen die Forschung an adulten Stammzellen und die Reprogrammierung von Zellen als Beispiele. Im Landwirtschaftskapitel heißt es hingegen: „Wir wollen eine nachhaltige, bäuerliche und gentechnikfreie Landwirtschaft“. Was in den Körper darf, darf also noch lange nicht auf den Acker. Rot-Grün unterscheidet zwischen einer guten roten und einer bösen grünen Gentechnik, ohne damit ein logisches Problem zu haben.

Davon abgesehen haben sich die beiden Parteien aber auf ein umweltpolitisch anspruchsvolles Programm geeinigt. Je konkreter die Probleme im Bundesland drücken, desto unkonkreter wird es allerdings, was für die Zukunft der „ökologisch-industriellen Revolution“ nichts Gutes ver-

heißt. So bleiben die Formulierungen zu den Themen „Kohlekraftwerke“ und „Kohlenmonoxid-Pipeline“ schwammig. Die neue Landesregierung räumt zwar den erneuerbaren Energien eindeutig den Vorrang ein, schließt den Bau neuer Kohlekraftwerke jedoch nicht kategorisch aus. Die avisierten Anlagen müssen lediglich im Einklang mit den Regelungen des angekündigten Klimaschutzgesetzes stehen. Und den schon in Planung befindlichen Drecksschleudern gewährt Rot-Grün „Vertrauensschutz“.

Diesen Vertrauensschutz nahm dann der Bauherr TRIANEL auch gleich für das Kohlekraftwerk in Anspruch, das auf dem Gelände des Krefelder Chemie-„Parks“ von BAYER entstehen soll, auf einen Jahresausstoß von 4,4 Millionen Tonnen Kohlendioxid kommt und gerade ein Genehmigungsverfahren durchläuft. „Wir haben

TERRE DES FEMMES

PLANERIN 2011 Buchkalender für Frauen

Jetzt wieder mit Abreißdecken



- Berichte über engagierte Frauen und Projekte
- A5-Format, jede Woche im Überblick
- Anhang mit Adressen, Ferienterminen und...

- Stabile, verdeckte Ringbindung
- Praktischer Einschub-Umschlag
- Herausnehmbares Adressbuch
- 13,- €, erhältlich bei TERRE DES FEMMES, ISBN: 978-3-936823-19-6



Jetzt bestellen bei:
TERRE DES FEMMES e.V.
Postfach 25 65, 72015 Tübingen
Tel. 0 70 71-79 73-0
info@frauenrechte.de
www.frauenrechte.de

MENSCHENRECHTE FÜR DIE FRAU





NRW-Umweltminister Johannes Remmel (Mitte) bei früheren außerparlamentarischen Aktivitäten

nie etwas anderes gefordert, als dass unser Projekt nach Recht und Gesetz behandelt wird. Insofern sind wir mit den Aussagen rundum zufrieden“, mit diesen Worten kommentierte TRIANEL-Sprecher Elmar Thyen die entsprechenden Passagen im Koalitionsvertrag.

Zur umstrittenen CO-Pipeline von BAYER fehlt ebenfalls ein klares Wort. Hier gelang es den Grünen nicht, die Zustimmung der SozialdemokratInnen zu einer Aufhebung des Rohrleitungsgesetzes zu erlangen. Jetzt kündigt die Landesregierung le-

diglich an, es auf den Prüfstand zu stellen. Dabei zählt sie einiges auf, was eher für ein negatives Votum spräche wie die Sicherheitsmängel, Planungs- und Ausführungsfehler sowie Zweifel an der Gemeinnützigkeit der Leitung. Auch bei der Suche nach Alternativen konstatieren die Parteien ein Defizit, weshalb sie beabsichtigen, die Möglichkeit einer standortnahen CO-Produktion zu eruieren. Andererseits gibt Rot-Grün sich über die Arbeitsplatz-Situation an den Standorten im Falle einer Nichtinbetriebnahme besorgt. Also machen die Koalitionspartner erst einmal erhöhten Redebedarf aus: „In diesem Zusammenhang wollen wir den bislang versäumten Versuch unternehmen, in Vermittlung zwischen Unternehmen und Betroffenen einen Dialog-Prozess und eine umfassende Problemlösung auszuloten.“

„Viele Stellen im Vertrag sind nicht konkret genug“, kritisiert der Sprecher der Anti-Pipeline-Initiativen, Dieter Donner, dann auch. In ihrer Erklärung zu dem Abkommen sind die Gruppen allerdings bemüht, das Unkonkrete positiv zu deuten. Sie begrüßen das Bekenntnis zu einer aktiven Politik, welche die Verantwortung nicht länger an die Gerichte delegiert, und

interpretieren die aufgeführte Mängelliste als Zeichen sozialdemokratischer Lernfähigkeit. Von den vorgeschlagenen Gesprächen haben die Bürgerinitiativen auch eine feste Vorstellung: „Den Vermittlungs- und Dialogprozess mit BAYER zur Prüfung der CO-Produktion vor Ort in Uerdingen sehen wir als Ausstiegsweg“.

Werner Wenning: „Wir erwarten vom Programm einer neuen Regierung - ganz gleich, in welcher Konstellation - die Anerkennung, dass Nordrhein-Westfalen wirtschaftlich eine starke Industrie braucht“

SPD und Grüne lassen allerdings Zweifel daran, ob sie das genauso sehen und die „neuen Wege“, die sie sich laut Koalitionsvertrag zu gehen vorgenommen haben, Ausstiegswege sein werden. So bekundete die neue grüne Regierungspräsidentin Anne Lütkes: „Man wird in dieser Position nichts so einfach stoppen können“. Und ihr Parteikollege Stefan Engstfeld scheint das nicht einmal mit ganzem Herzen zu wünschen. „Wir wollen jedenfalls

Konzern-Willkür beenden!

Kämpfen Sie mit uns für eine lebenswerte Zukunft!

Abonnieren Sie STICHWORT BAYER.

STICHWORT BAYER - viermal jährlich über Konzern-Widerstand und Problemanalysen. Spannend, informativ und faktenreich.

1978 - 2008

30 Jahre CBG

www.CBGnetwork.org

Coordination gegen BAYER-Gefahren

Wir zeigen, was dahinter steckt!

Die Abo-Gebühr soll monatlich vierteljährlich halbjährlich jährlich abgebucht werden.

Bitte Absender angeben und Lastschrift zur Abbuchung der Abo-Gebühr ausfüllen. Danke.

Name, Vorname	Geburtsjahr
Straße, Hausnr.	PLZ, Ort
Geldinstitut	Bankleitzahl
Konto-Nr.	Datum/Unterschrift

Ja, ich möchte Stichwort BAYER abonnieren für jährlich Euro

Personen mind. 30,00 Euro, Gruppen/Firmen/Institutionen etc. mind. 60,00 Euro, höhere Beträge sind erbeten.

Coupon bitte zurücksenden an
 Coordination gegen BAYER-Gefahren
 Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf
 Fax 02 11 - 33 39 40, CBGnetwork@aol.com

www.CBGnetwork.org

kein BAYER-Bashing“, sagte er der *Rheinischen Post*. Auch Johannes Rimmel, der bisher immer eng mit den Pipeline-GegnerInnen und anderen Initiativen kooperiert hatte, gibt zu einiger Skepsis Anlass, erklärte er doch in einem Interview: „Ich weiß, dass ich nun eine neue Rolle habe“. Allerdings besteht wegen seiner Ankündigung, ein neues Planfeststellungsverfahren in Sachen „Pipeline“ anzustreben, die berechtigte Hoffnung, dass er nicht ins Bösewicht-Fach wechselt.

Die konservative Presse mag nicht an diesen Rollenwechsel glauben und sagt BAYER & Co. in NRW düstere Zeiten voraus. „Die rot-grünen Pläne in Düsseldorf werden der Wirtschaft des Landes schaden“, schreibt die *Faz* und trauert Wolfgang Clement hinterher: „Das wäre im ersten rot-grünen Koalitionsvertrag (...) noch undenkbar gewesen“. Das Klimaschutzgesetz beschwört dem Kapital-Organ zufolge eine Rechtsunsicherheit für das Investitionsprojekt „Kohlekraftwerk“ herauf und die geplante Ökologisierung der Strom-Erzeugung kommt die Konzerne seiner Auffassung nach viel zu teuer zu stehen. Eine „bittere Botschaft“ nennt die



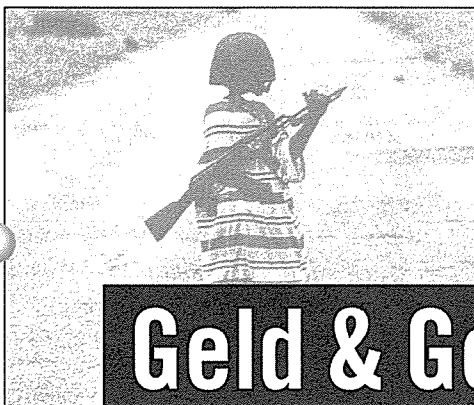
Muss BAYER bald in die Röhre schauen?

Zeitung den Richtungswechsel von einer wettbewerbsfähigeren Energie-Versorgung hin zu einer „möglichst preisgünstigen“.

Und wie schätzt der Leverkusener Multi die Lage ein? Er hält sich bisher bedenklich. Lediglich in der Phase nach der Wahl und vor der Regierungsbildung hat BAYER-Chef Werner Wenning in der *Faz* das Wort ergriffen und seine Ansprüche angemeldet. „Wir erwarten vom Programm einer neuen Regierung - ganz gleich, in welcher Konstellation - die Anerkennung,

dass Nordrhein-Westfalen wirtschaftlich eine starke Industrie braucht und unsere Zukunftsfähigkeit vor allem von Bildung, Forschung und Innovation abhängt“.

Der Forderung nach einem Bekenntnis zum Industriestandort NRW hat das Regierungsbündnis bereits entsprochen. Anderes im Koalitionsvertrag hat der scheidende Vorstandsvorsitzende sicher nicht ganz so gerne gelesen. Schon wenn Rot-Grün nur die Hälfte davon umsetzt, dürfte es für den Pharma-Riesen am Stammsitz etwas ungemütlicher werden.



ProSolidar 
Leben statt Profit

Geld & Gerechtigkeit

Herkömmliche Finanzanlagen streben nach maximalem Profit. Ungerechtigkeit, Ausbeutung und Umweltzerstörung werden dabei billigend in Kauf genommen.

ProSolidar finanziert den Einsatz für Gerechtigkeit und den Schutz einer lebenswerten Umwelt. Statt Geldrendite setzt ProSolidar auf Lebensrendite. Es gilt das Prinzip: Leben statt Profit.

Jetzt handeln. Fordern Sie das kostenfreie Anlage-Prospekt an.

ProSolidar
Schweidnitzer Str. 41 Fon 0211 - 26 11 210
40231 Düsseldorf Fax 0211 - 26 11 220

Mail info@prosolidar.net

Coupon:

Geben Sie den Solidar-Interessen mehr Gewicht.

Ja, mich interessiert ProSolidar. Bitte schicken Sie mir unverbindlich das kostenfreie Anlage-Prospekt.

Vorname
Name
PLZ
Ort
Straße
Fon
Fax
Alter
Email

Bitte zurücksenden an:

ProSolidar
Schweidnitzer Str. 41 Fon 0211 - 26 11 210
40231 Düsseldorf Fax 0211 - 26 11 220
Mail info@prosolidar.net

Kampagne gegen Pillen-Gesetz

BAYER sieht rot

30 Milliarden Euro kostete die Pillenflut die Krankenkassen im letzten Jahr

Die exorbitanten Pillen-Preise drohen das Gesundheitssystem zu sprengen. Da sah selbst ein FDP-Minister Handlungsbedarf. Aber obwohl der Leverkusener Multi mit dem „Gesetz zur Neuordnung des Arzneimittel-Marktes“ recht gut bedient ist, sieht er rot. „Anstatt sich um mehr Wettbewerb und um den Abbau der überbordenden Regulierung zu kümmern, setzt die Koalition auf kurzfristige Maßnahmen und geht weitere Schritte in Richtung Planwirtschaft im Gesundheitswesen“, erbot sich BAYER-Chef Werner Wenning.

Von Jan Pehrke

Auf fast 16 Milliarden Euro Umsatz kam die Pharma-Sparte des Leverkusener Multis im Geschäftsjahr 2009. Besonders gut laufen die Geschäfte in der Bundesrepublik. Hier liegen die Arznei-Preise im Vergleich mit anderen Industrieländern nämlich um ca. 18 Prozent über dem Durch-

schnitt. Der Grund dafür ist einfach: Sie sind selbstgemacht. Die Pillen-Riesen können ganz allein bestimmen, wieviel sie für ihre neuen Medikamente verlangen wollen. Und da schlagen die Behandlungskosten für BAYERS Krebsmittel NEXAVAR (siehe auch S. 4) dann eben mit

58.400 Euro im Jahr pro PatientIn zu Buche.

Patentgeschützte Arzneien wie NEXAVAR haben an allen ärztlichen Verschreibungen nur einen Anteil von 2,5 Prozent, am Krankenkassen-Umsatz jedoch einen von 26 Prozent. Damit tragen sie die Haupt-

verantwortung für die ständig steigenden Pillen-Kosten. Im letzten Jahr beliefen sich die Ausgaben der Krankenkassen für Medikamente auf fast 30 Milliarden Euro - eine Steigerung von 5,3 Prozent oder 1,5 Milliarden Euro gegenüber dem Vorjahr. Mehr Geld geben AOK & Co. nur noch für die Krankenhäuser aus.

Und das wird zunehmend knapp. Um das für 2011 erwartete Defizit von elf Milliarden Euro aufzufangen, sah sich Gesundheitsminister Philipp Rösler deshalb zum Eingreifen erzwungen. Auch die Pharmazeutika im Allgemeinen und das „Premium-Segment“ im Besonderen nahm der Liberale sich dabei vor. „In Deutschland sind viele Medikamente zu teuer“, befand

1,5 Milliarden Euro sparen die Krankenkassen durch diese Neuordnungen, gerade mal so viel, wie sie im letzten Jahr mehr ausgeben mussten.

Rösler und brachte das „Gesetz zur Neuordnung des Arzneimittel-Marktes“ auf den Weg, das zum 1.1. 2011 in Kraft treten soll. Es sieht unter anderem ein Einfrieren der Arznei-Preise auf dem Stand von August 2009 bis zum Jahr 2013, eine Erhöhung des Hersteller-Rabattes für neue Medikamente von sechs auf 16 Prozent und ein Ende des Preisfindung nach Gutsherren-Art vor. Zudem will die schwarz-gelbe Koalition eine Kosten/Nutzen-Bewertung für Medikamente einführen, denn allzu oft haben die neuen Pillen nicht allzu viel Neues in petto.

Das ist den Pharma-Riesen zu viel. Sie hatten zwar mit Einschnitten gerechnet - „Wir wussten, dass wir kein Heimspiel mehr haben“, so ein Branchen-Vertreter -

aber nicht in dem Ausmaß. Der Leverkusener Multi stellt sich auf eine „Rösler-Delle“ von 15 Millionen Euro im laufenden und 25 Millionen im kommenden Jahr ein. Deshalb wöhnt der Konzern bereits den Sozialismus anbrechen und sieht rot. „Anstatt sich um mehr Wettbewerb und um den Abbau der überbordenden Regulierung zu kümmern, setzt die Koalition auf kurzfristige Maßnahmen und geht weitere Schritte in Richtung Planwirtschaft im Gesundheitswesen“, erboste sich BAYER-Chef Werner Wenning im April 2010 auf der Hauptversammlung des Konzerns. Und Forschungsvorstand Wolfgang Plischke sah sich unvermittelt einer gelben Gefahr ausgesetzt: „Das hätten wir von einem liberalen Gesundheitsminister nie erwartet“. Erwartet hatten BAYER & Co. vielmehr, mit allen Krankenkassen einzeln in Preis-Verhandlungen gehen zu dürfen. Nach Röslers Gesetz stehen die Unternehmen jedoch dem Gesamtverband gegenüber und damit schmerzlicher Weise einem „Nachfrage-Monopol“, wie die Angebotsmonopolisten meinen.

Nun heißt es bei den Multis erwartungsgemäß „Land unter“. Sie sprechen von einer Gefahr für den „Standort Deutschland“, warnen vor Arbeitsplatz-Vernichtung und fürchten um den medizinischen Fortschritt. Darüber hinaus malen die Global Player das Schreckgespenst einer Rationierung im Gesundheitswesen an die Wand, um die Zustimmung der PatientInnen für ihre Geschäftspolitik zu gewinnen. Dass sie selber das Gesundheitssystem bis an die Grenzen der Belastbarkeit getrieben haben, geht ihnen nicht ein. Die hohen Pillen-Preise - BAYERS Gewinn-Spanne im Pharma-Bereich liegt aktuell bei 30,5 Prozent - halten die Konzerne für gerechtfertigt. Sie müssten ja auch viele Fehlschläge verkraften und hätten immen-

Impressum



Stichwort BAYER - Die anderen Informationen zu einem multinationalen Chemiekonzern
28. Jahrgang
Postvertriebsstück G 10848
Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf,
Fon: (0211) 333911, Fax: (0211) 333940

Herausgeberin und Vertrieb:
COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN e. V. (CBG e. V.)
Für mehr Umweltschutz und sichere Arbeitsplätze bei BAYER - weltweit.
Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf.
e-mail: CBGnetwork@aol.com
http://www.CBGnetwork.org
Wir bitten um Zusendung von LeserInnen-, Protest- und Bestellbriefen.

Die CBG ist ein internationales Selbsthilfe-Netzwerk, das vom multinationalen BAYER-Konzern Betroffene und an diesem Konzern Interessierte zusammenschließt und die Tätigkeit dieses Multis kritisch begleitet. Ziel der Arbeit ist es, die von BAYER ausgehenden Gefahren für Mensch, Tier und Mitwelt bekanntzumachen, einzudämmen und möglichst ganz abzustellen. Konzernkritik braucht Unterstützung. *Stichwort BAYER* braucht AbonnentInnen. Nutzen Sie den Coupon der Abo-Anzeige in diesem Heft und abonnieren Sie. Oder - noch besser! - werden Sie (Förder-)Mitglied unseres Netzwerkes. Im Rahmen einer (Förder-)Mitgliedschaft erhalten Sie *Stichwort BAYER* automatisch ohne weitere Kosten. Je ein Exemplar von *Stichwort BAYER* wird dem Vorstand des BAYER-Konzernes, Kaiser-Wilhelm-Allee, 51373 Leverkusen, übersandt. LeserInnen haben somit die Möglichkeit, die Konzernleitung zu bitten, zu bestimmen, in *Stichwort BAYER* behandelten Themen, Stellung zu beziehen.

Redaktion: Vi.S.d.P. Hubert Ostendorf (ho), CvD: Axel Köhler-Schnura (aks), Mitarbeit: Philipp Mimkes (pm), Uwe Friedrich (uf), Jan Pehrke (jp), Udo Hörster (uh)

Verlag: Eigenverlag

Vertrieb: CBG

Layout: Michaela Justus

Druck: Mediengruppe Neuer Weg GmbH

Bankverbindung: GLS-Bank, Konto-Nr. 8016533000
BLZ 430 609 67, IBAN DE88 430 609 67 8016 533 000
BIC GENODEM1GLS

Anzeigen: Es gilt die Anzeigenpreisliste vom 01.01.2005 (1/1 S. sw 800,- Euro, zzgl. MWSt.)

Stichwort BAYER erscheint in 4 Ausgaben pro Jahr jeweils zum Ende des Quartals.

Bei Umzug bitte neue Adresse mitteilen

Die Post teilt uns bei Umzug die neue Adresse nicht mit. Soll *Stichwort BAYER* Sie auch weiterhin erreichen, informieren Sie uns bitte über Ihre neue Anschrift.

Der Nachdruck von Artikeln aus *Stichwort BAYER* ist ausdrücklich erwünscht. Honorar nach Vereinbarung. Diskette oder eMail bitte unter 0211/33 39 11 anfordern. Bitte Quelle angeben und zwei Belegexemplare übersenden. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Bilder und Photographien wird keine Haftung übernommen. Rechtlich geschützte Warenzeichen werden in *Stichwort BAYER* ohne gesonderten Hinweis genannt. Daraus ist nicht auf die freie Verwendbarkeit der Markennamen zu schließen.

Auszeichnungen:

COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN e. V. erhielt 1999 den Preis des Kirchlichen Entwicklungsdienstes Oberhausen sowie 1998 und 1990 den Preis von Business Crime Control. Das CBG-Vorstandsmitglied Axel Köhler-Schnura erhielt den „Preis für Zivilcourage 2000“.

Beirat: Dr. Erika Abczynski/Kinderärztin/Dormagen, Eva Bulling-Schröter/Mitglied des Bundestags/Berlin, Wolfram Esche/Rechtsanwalt/ Köln, Prof. Jürgen Junginger/Designer/Krefeld, Dr. Sigrid Müller/Pharmakologin/Bremen, Prof. Dr. Jürgen Rochlitz/Chemiker/Burgwald, Prof. Rainer Roth/Sozialwissenschaftler/Frankfurt, Dr. Janis Schmelzer/Historiker/Berlin, Prof. Dr. Anton Schneider/Baubiologe/Holzham, Dorothee Sölle/Theologin/Hamburg (+ 2003)



Solidarität ist eine Waffe!

ROTE HILFE e. V.

Bundesgeschäftsstelle

Postfach 3255, 37022 Göttingen

T: 0551 / 7 70 80 08

F: 0551 / 7 70 80 09

www.rote-hilfe.de ★ bundesvorstand@rote-hilfe.de

Spendenkonto:

Rote Hilfe e.V., Konto-Nr: 19 11 00 - 462

BLZ: 440 100 46, Postbank Dortmund

IBAN: DE75 4401 0046 0191 1004 62

BIC: PBNKDEFF

**Solidarität organisieren
Mitglied werden!**



FDP-Gesundheitsminister Philipp Rösler

se Forschungsausgaben, argumentieren die Hersteller scheinheilig. Und für die ausufernden Arznei-Budgets der Krankenkassen haben sie auch eine schlichte Erklärung: die Überalterung der Gesellschaft.

Dabei hätten die Konzerne allen Grund, etwas demütiger aufzutreten, denn sie sind noch gut weggekommen. So dürfen ihre Pharma-Produkte nach dem Markteintritt noch mindestens 12 Monate zu den selbstgemachten Preisen kursieren. Dann

erst beginnen die Verhandlungen mit den Gesetzlichen Krankenkassen auf Basis von Nützlichkeitsdossiers. Noch dazu sollen diese von BAYER & Co. selber stammen. Dem „Institut für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen“ (IQWiG), dessen Leiter Peter Sawicki wegen seiner allzu pharma-kritischen Haltung gehen musste, kommt dabei höchstens eine beratende Funktion zu. Nur wenn die Gespräche zwischen den Pharma-Riesen und den Kassen scheitern,

kann es eine umfassende Bewertung der Arznei vornehmen. Aber auch in diesem Fall nicht zu den eigenen, streng wissenschaftlichen Bedingungen. BAYER & Co. haben es nämlich geschafft, die Bewährung der Pillen im Alltag zu einem Kriterium zu machen, weshalb schon eine anwendungsfreundlichere Darreichungsform, eine größere Flexibilität bei der Einnahme oder eine geringere Belastung pflegender Angehöriger das Klassenziel „Zusatznutzen“ erreicht. Und selbst bei einem Verfehlen dieser Anforderungen bleibt das Mittel der Welt erhalten; es fällt dann nur unter die Festpreis-Regelung. Herr des Verfahrens sollte ursprünglich der gemeinsame Bundesausschuss von ÄrztInnen und Krankenkassen sein, aber das passte BAYER & Co. nicht. Sie intervenierten und machten auch gleich einen Alternativ-Vorschlag. „Das Nähere zur Nutzenbewertung regelt das Bundesministerium für Gesundheit in einer Rechtsverordnung“, formulierten die GesetzesschreiberInnen der Konzerne, denen die Koalition nicht mehr viel hinzuzufügen hatte. „Das Bundesministerium für Gesundheit regelt durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrats das Nähere zur Nutzenbewertung“, heißt

DAS FEMINISTISCHE BLATT

WIR FRAUEN

4 X IM JAHR PLATZ FÜR FEMINISTISCHE WAHRHEITEN.

www.wirfrauen.de

es jetzt im Änderungsantrag. Die Rabatt-Vereinbarung hat ebenfalls so ihre Vorteile für die Branche. Sie tastet die Mondpreise nämlich nicht wirklich an. „Das ist eine wirkliche Mogelpackung, denn viele Länder nutzen Deutschland als Referenzland, um den Preis zu bestimmen“, kritisiert die BUKO-PHARMA-KAMPAGNE.

1,5 Milliarden Euro sparen die Krankenkassen durch diese Neuordnungen, also gerade mal so viel, wie sie im letzten Jahr mehr ausgeben mussten. Dazu kom-

Patentgeschützte Arzneien wie

NEXAVAR haben an allen ärztlichen

Verschreibungen nur einen Anteil von

2,5 Prozent, am Krankenkassen-Umsatz

jedoch einen von 26 Prozent

men noch einmal 400 Millionen durch Einschnitte beim Pharma-Großhandel. Eine magere Bilanz. Eine wirkliche „Neuordnung des Arzneimittel-Marktes“ hätte es hingegen bedeutet, eine Positivliste einzuführen. Sie hätte es vermocht, den Pharma-Dschungel zu lichten und nur noch die wirklich nützlichen Medikamente übrig zu lassen. Aber das hat der Lobby-

Druck von BAYER & Co. noch immer zu verhindern gewusst und stand heuer nicht einmal mehr zur Debatte.

Darum muss Philipp Rösler das Milliarden-Loch anders stopfen. Mit sechs Milliarden Euro kommt in seiner „Gesundheitsreform“ der größte Flicker durch die Erhöhung der Versicherungsbeiträge auf 8,2 Prozent für die Beschäftigten und 7,3 Prozent für die Unternehmen zustande. Zwei Milliarden erbringt ein Steuerzuschuss und 1,4 Milliarden tragen Krankenhäuser, AOK & Co., MedizinerInnen und ApothekerInnen zum Schulden-Abbau bei. Damit gleichen die abhängig Beschäftigten einen Großteil der roten Zahlen aus. Und das kommende Defizit, das sich nach Schätzungen des Bundesgesundheitsministeriums im Jahr 2014 auf ca. zehn Milliarden Euro belaufen wird, bürdet die Regierung ihnen allein auf. Sie hat nämlich die Versicherungsbeiträge von BAYER & Co. bis auf Weiteres eingefroren und im Gegenzug die Begrenzung für die Krankenkassen-Zusatzbeiträge, die bislang bei acht Euro im Monat lag, aufgehoben.

Schöne Aussichten also für BAYER & Co. Trotzdem hätten es die Konzerne gerne noch ein wenig schöner. Der vom Leverkusener

Multi gegründete „Verband der Forschenden Arzneimittel-Hersteller“ (VFA) startete eine Kampagne, um im Laufe des parlamentarischen Verfahrens noch Änderungen an den betreffenden Gesetzen zu erwirken. Dazu nimmt der Verband mit der ehemaligen BAYER-Managerin Cornelia Yzer an der Spitze perfiderweise die Beschäftigten in Haftung. In ihrem Namen hat der Lobbyverein Musterbriefe entworfen, in denen Belegschaftsangehörige den PolitikerInnen ihre Sorgen über Arbeitsplatzvernichtungen durch die Kostendämpfungsmaßnahmen mitteilen. Nach den Vorstellungen der ÖffentlichkeitsarbeiterInnen sollte jede Mitgliedsfirma ein entsprechendes Schriftstück aufsetzen, um den Protest vielstimmiger zu machen. „Bitte beachten Sie, dass es sich hierbei um Musterbriefe handelt, die in variierte Form verwendet werden sollten, um wortgleiche Schreiben zu vermeiden“, instruierte VFA seine Mitglieder. Nicht immer mit Erfolg - oft brachten nur Briefkopf und Unterschrift ein wenig Farbe ins Spiel. Der Einsatz der Pharma-Riesen wird aber wohl dennoch seine Wirkung nicht verfehlen und die „Neuordnung des Arzneimittelmarktes“ noch ein wenig älter aussehen lassen.

Kein Palmöl für Rama!

Für den Rama-Rohstoff Palmöl wurden in den Tropen bereits große Flächen Regenwald zerstört. Und die Palmöl-Plantagen expandieren weiter auf Kosten der vorhandenen Naturflächen. Für die riesigen Plantagen in Indonesien, von denen das Palmöl für Rama und andere Unilever-Produkte stammt, werden Menschenrechte mit Füßen getreten, die Artenvielfalt und das Klima zerstört.



**Unterstützen Sie unsere Aktionen
für den Erhalt der Regenwälder!**

**Informieren Sie sich!
www.robinwood.de/palmoel**

Möchten Sie aktiv werden?

Bitte melden Sie sich!

0421 / 598288

ROBIN WOOD e.V., Langemarckstraße 210, 28199 Bremen

Schmierige Geschäfte stoppen!

ROBIN WOOD

BAYER bangt:

Kommt das Bisphenol-Verbot?



... unser täglich Bisphenol gib uns heute

Dänemark, Frankreich und Kanada setzen eine Forderung der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) und anderer Verbände um und verbieten die Verwendung von Bisphenol A in Babyflaschen und anderen Risiko-Anwendungen. Auch das Umweltbundesamt plädiert für gesetzliche Regelungen. Der zu den weltgrößten Bisphenol-Herstellern gehörende BAYER-Konzern ist alarmiert und kämpft hinter den Kulissen gegen drohende Verbote.

Von Philipp Mimkes

Seit über 20 Jahren fordern Umweltverbände ein Verbot von Bisphenol A (BPA) in risikoreichen Anwendungen. Die Chemikalie kommt bei der Herstellung von Polycarbonat, einem transparentem Kunststoff, zum Einsatz und findet sich in einer Vielzahl von Produkten wieder - u. a. in CDs, Zahnfüllungen, Trinkflaschen, der Innenbeschichtung von Dosen und in Pla-

stikgeschirr (*Stichwort BAYER* berichtete mehrfach).

Wo sie aber nicht bleibt. Die Substanz kann in geringen Mengen aus Plastikflaschen und anderen Kunststoffprodukten freigesetzt werden und in den menschlichen Organismus gelangen. Dort sorgt das BPA nicht selten für erhebliche Irritationen, weil es ähnlich wie das weibliche

Sexualhormon Östrogen wirkt. Schon geringe Dosen vermögen das Nervensystem zu schädigen und bei Säuglingen Entwicklungsstörungen auszulösen. Zahlreiche Studien bringen die Chemikalie zudem mit Übergewicht, Unfruchtbarkeit, Diabetes sowie Herz- und Lebererkrankungen in Verbindung. Besonders umstritten ist daher die Verwendung in Lebensmittel-Ver-

packungen, Babyflaschen und Kinderspielzeug.

Die kanadische Regierung stufte Bisphenol A vor zwei Jahren erstmals als „gefährliche Substanz“ ein und untersagte eine Verwendung in Babyflaschen. In den USA nahmen die meisten Hersteller BPA-haltige Behältnisse freiwillig vom Markt. Ab dem 1. Juli gelten nun auch in Dänemark und Frankreich Verbote für alle Produkte, die mit Kindernahrung in Berührung kommen. Und Schweden will nachziehen: Umweltminister Andreas Carlgren teilte mit, man werde einen nationalen Bisphenol-Bann erlassen, falls es zu keiner EU-weiten Regelung komme.

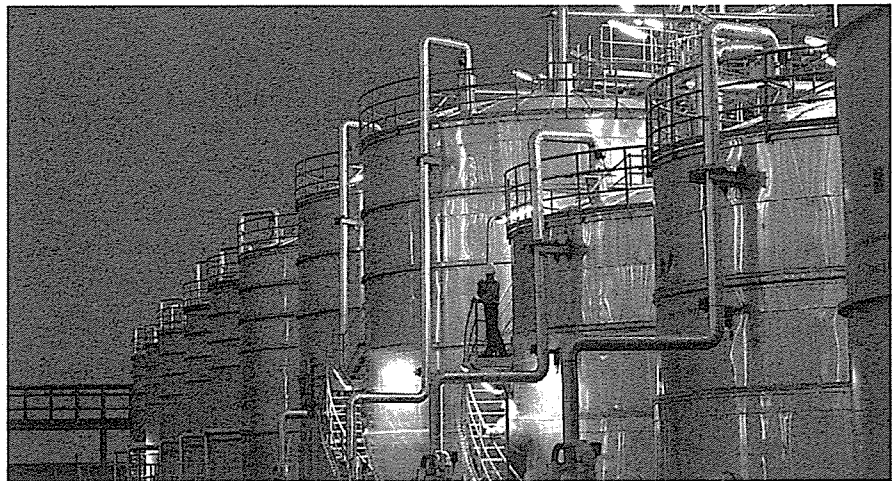
CBG fordert Verbot

Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFÄHREN forderte daraufhin die Bundesregierung auf, dem Vorbild der Nachbarländer zu folgen: „Bisphenol A und andere hormon-aktive Substanzen haben in Produkten des täglichen Bedarfs absolut nichts verloren“, so Prof. Jürgen Rochlitz, Mitglied des Beirats der CBG. „Bisphenol A muss nun endlich aus Trinkflaschen, Spielzeug und Lebensmittel-Verpackungen verschwinden. Die Leugnung der Risiken durch BAYER, DOW und Co. darf nicht weiter zur Gefährdung der Verbraucher führen“, ergänzt Jan Pehrke vom Vorstand der CBG.

Jährlich werden von der Substanz rund 3,8 Millionen Tonnen produziert, der Stoff gehört damit zu den verbreitetsten Chemikalien überhaupt. Neben den US-Firmen DOW CHEMICAL und HEXION sowie den taiwanesischen Unternehmen NAN YA LASTICS und CHANG CHUN PLASTICS ist der Leverkusener Multi einer der größten Hersteller. BAYER MATERIAL SCIENCE produziert Bisphenol A in Krefeld, Antwerpen, Baytown/Texas, Map Ta Phut/Thailand und Shanghai/China. Im Verbund mit den Lobby-Verbänden der Kunststoff-Industrie wehrt sich der Konzern seit Jahren mit Händen und Füßen gegen ein drohendes Verbot – obwohl dieses nur einen kleinen Teil des Marktes für Polycarbonat umfassen würde.

Neue Studien

Eine Reihe neuer Studien belegt die Risiken von BPA auch für Erwachsene. So stellte eine Untersuchung der englischen „Peninsula Medical School“ einen möglichen Zusammenhang zwischen BPA und Herz-Kreislaufkrankungen fest. Hierfür hatten WissenschaftlerInnen 1.493 AmerikanerInnen im Alter zwischen 18 und 74



BAYER-Kunststoffwerk in Shanghai

Foto: BAYER

Jahren untersucht. VersuchsteilnehmerInnen, die höhere Konzentrationen von Bisphenol A im Urin hatten, berichteten signifikant häufiger von Herzleiden als jene mit geringer Belastung. Wie genau die Chemikalie auf Herz und Gefäße wirkt, muss erst nach Aussage der StudienleiterInnen noch erforscht werden.

Zu Beginn des Jahres erschien eine Arbeit von Harvard-ForscherInnen, laut der Bisphenol A nicht nur die Reifung von Eizellen beeinträchtigt, sondern auch den Ver-

lauf einer Schwangerschaft gefährdet. Eine Mitte Juli veröffentlichte Studie untersuchte Frauen, die unter einem polyzystischen Ovariensyndrom leiden - eine durch eine Störung des Hormonhaushalts verursachte und zur Unfruchtbarkeit führende Krankheit. Sie fand heraus, dass diese Patientinnen einen höheren BPA-Anteil in ihrem Blut haben als gesunde Frauen. Und den wiesen einer Untersuchung von 2005 zufolge auch japanische Frauen auf, die wiederholt Fehlgeburten erlitten hatten.

Waterkant

UMWELT + MENSCH + ARBEIT IN DER NORDSEEREGION WWW.WATERKANT.INFO

ISSN 1611-1583

Vier Ausgaben pro Jahr
Erscheint seit 1986

Meeresumwelt- und Naturschutz

Schifffahrt und Häfen

Küstenregion und Flüsse

Ressourcen und Arbeit

Herausgeber: Förderkreis WATERKANT e.V.
Kostenloses Ansichtsexemplar und Abonnement:
abo@waterkant.info oder www.waterkant.info oder
Aboverwaltung WATERKANT, Kirchringstraße 2 / 12, 26736 Krummhörn

Echo

G. M.: Vielen Dank an Sie alle für Ihre immer wieder beeindruckende Arbeit!

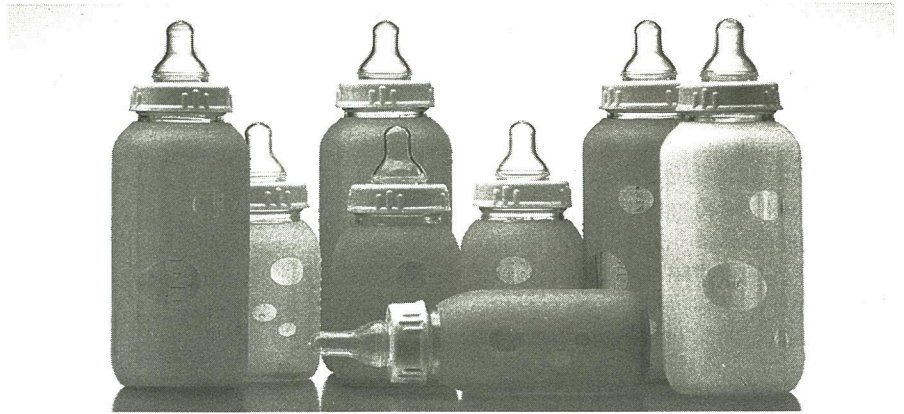
S. M.: Schon seit längerer Zeit verfolge ich Ihren Internet-Auftritt mit großem Interesse. Ich finde es erschreckend, was für Verhaltensweisen von BAYER immer wieder an den Tag gelegt werden.

O-Ton BAYER



„Ich habe auch keine Angst zu sanieren, falls es notwendig ist und richtig für das Unternehmen“

Der neue BAYER-Chef Marijn Dekkers



CDU und FDP warten ab

Die europäische Aufsichtsbehörde EFSA hatte den Grenzwert für Bisphenol A noch vor zwei Jahren gelockert. Dabei berief sich die Behörde skandalöserweise auf eine einzige, von der Industrie finanzierte Studie, die zu diesem Zeitpunkt noch nicht einmal publiziert war. Die Vielzahl von unabhängigen Studien, die zum größten Teil ein Gefährdungspotential konstatierten, wurde dabei bewusst ignoriert. Mehrere europäische Regierungen forderten daher eine Überprüfung der Position der EFSA. Eine ursprünglich für Ende Mai geplante Stellungnahme der EFSA soll nun im Herbst veröffentlicht werden.

So lange will auch die Bundesregierung nichts tun, ein rasches Verbot erwägt sie derzeit nicht. „Wir warten die Stellungnahme der EFSA ab“, so Robert Schaller, Sprecher des Verbraucherschutz-Ministeriums gegenüber der taz. Dabei hatte sich sogar das Umweltbundesamt Mitte Juni unmissverständlich für gesetzliche Regelungen stark gemacht: „Die vorliegenden Kenntnisse sollten ausreichen, die Verwendung bestimmter Bisphenol-A-haltiger Produkte aus Vorsorge-Gründen zu beschränken“, mahnte UBA-Präsident Jochen Flasbarth. BAYER wird jedenfalls alles tun, um „die vorliegenden Kenntnisse“ vergessen zu machen.

Konzern-Willkür beenden!

Kämpfen Sie mit uns für eine lebenswerte Zukunft!



Bestellen Sie zusätzliche Freiverkaufs-Exemplare.

Helfen Sie bei der Verbreitung von STICHWORT BAYER. Je mehr Menschen informiert werden, desto wirksamer die öffentliche Kontrolle.



Wir zeigen, was dahinter steckt!

Ja, ich habe bereits abonniert und bestelle zusätzlich

Zusatzexemplare

je Ausgabe zum Vorzugspreis von nur 1,50 je Heft (regulärer Verkaufspreis 8,00 Euro)

Bitte Absender angeben und Lastschrift zur Abbuchung der Zusatzbeträge ausfüllen. Danke.

<input type="text"/>	<input type="text"/>
Name, Vorname	Geburtsjahr
<input type="text"/>	<input type="text"/>
Straße, Hausnr.	PLZ, Ort
<input type="text"/>	<input type="text"/>
Geldinstitut	Bankleitzahl
<input type="text"/>	<input type="text"/>
Konto-Nr.	Datum/Unterschrift
<input type="text"/>	<input type="text"/>

Coupon bitte zurücksenden an
 Coordination gegen BAYER-Gefahren
 Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf
 Fax 02 11 - 33 39 40, CBGnetwork@aol.com

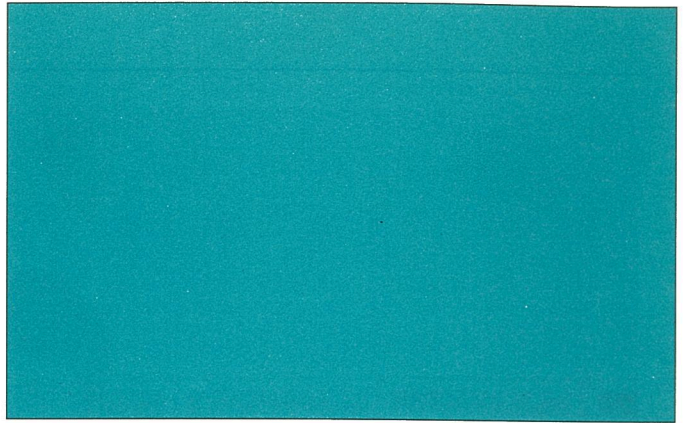
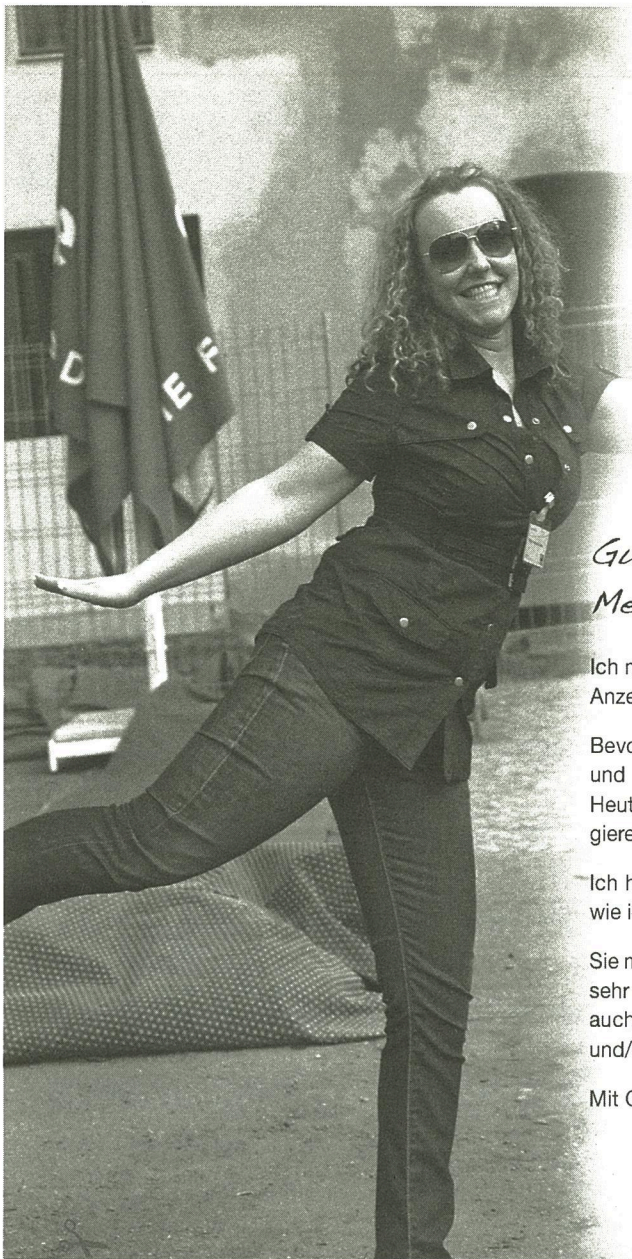
www.CBGnetwork.org



Wochenendausgabe.

 **die tageszeitung**

Das neue Wochenendabo der taz mit sonntaz. Für 12,90 Euro im Monat. abo@taz.de | (030) 25 90 25 90 | www.taz.de/we



Guten Tag!

Mein Name ist Vivian Valente Cosme

Ich mache eine Ausbildung und kümmere mich dabei auch um die Soli-Anzeigen in Stichwort BAYER (SWB).

Bevor ich bei der CBG begonnen habe, war ich mir über die Probleme und Gefahren, die sich mit Konzernmacht verbinden, nicht bewusst. Heute allerdings sehe ich unsere Zukunft mit anderen Augen und engagiere mich entsprechend auch über meine Ausbildung hinaus.

Ich hoffe, dass mit Hilfe von Stichwort BAYER viele Menschen ebenso wie ich aufmerksam werden und merken, dass gehandelt werden muss.

Sie müssen wissen, dass trotz wirklich sehr viel ehrenamtlicher Arbeit es sehr schwer ist, SWB zu finanzieren. Bitte prüfen Sie deshalb, ob nicht auch Sie helfen wollen, die Fortexistenz von SWB mit einem Abo und/oder als Mitglied des Förderkreises zu sichern.

Mit Grüßen aus Düsseldorf

Vivian Valente Cosme

Ja, ich werde Mitglied des SWB-Förderkreises mit einem selbst festgelegten Jahresbeitrag von Euro

(Voraussetzung ist ein SWB-Abo bzw. eine Mitgliedschaft bei der CBG).

Der Beitrag soll

- monatlich halbjährlich
 vierteljährlich jährlich abgebucht werden.

Ja, ich möchte SWB stärken und bestelle zusätzlich Exemplare

Voraussetzung ist ein SWB-Abo bzw. eine Mitgliedschaft bei der CBG. Vorzugspreis je Heft 1,50 Euro (Verkaufspreis 8 Euro).

Ja, ich abonniere STICHWORT BAYER (SWB) zum Preis von (mind. 30 Euro im Jahr) Euro

Ja, ich helfe mit einer Spende an den Stichwort BAYER Förderkreis Euro

Absender

Name, Vorname

Straße, Hausnr.

PLZ, Ort

For/Fax

eMail

Lastschrift Bitte buchen Sie meinen Beitrag / meine Abogebühr / meine Spende ab wie folgt

Konto-Nr.

Bankleitzahl

Geldinstitut

Beruf

Geburtsjahr

Datum/Unterschrift

STICHWORT BAYER Förderkreis

Postfach 15 04 18
40081 Düsseldorf

Fon 0211 - 33 39 11

Fax 0211 - 33 39 40

eMail CBGnetwork@aol.com

**STICHWORT
BAYER**
FÖRDERKREIS

Für wirksame Konzernkritik und demokratische Gegenöffentlichkeit.